

NEUE ZEIT

Die „Ostpolitik“ der Bundesrepublik

Neue Vorgänge auf dem Balkan

Schläge der Arbeiterklasse gegen das Francoregime

Italien und seine Literatur

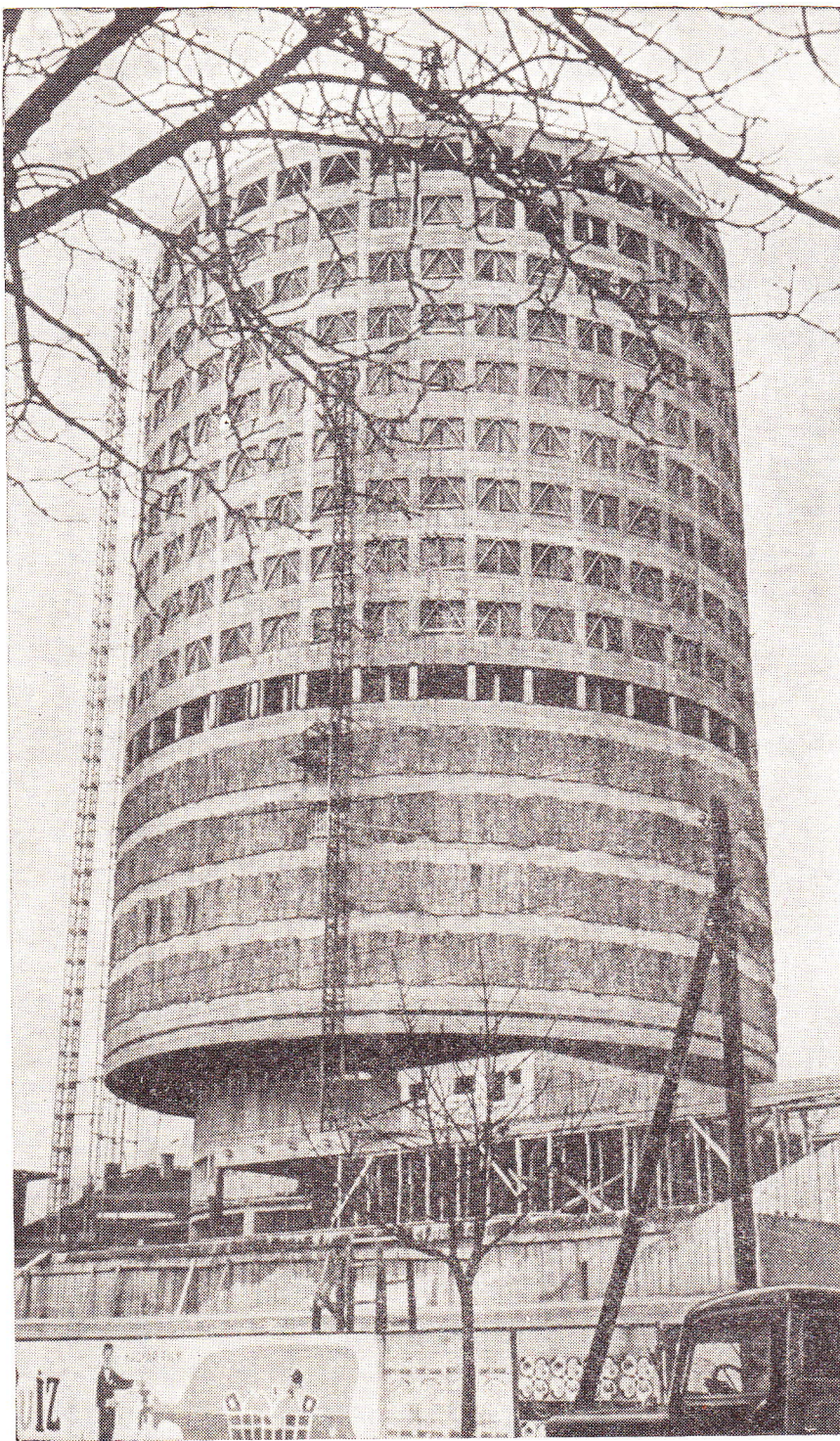
Frei erfunden: Eine sowjetische Mata Hari

8

22. FEBRUAR

1967

WOCHENSCHRIFT FÜR WELTPOLITIK



Donau perle

Diesen Namen trägt die ungarische Hauptstadt mit Recht. Wunderbar sind die sieben Brücken zwischen Buda und Pest, die Stadtparks, das Parlamentsgebäude, die neuen Wohnviertel. Budapest ist das politische, kulturelle und industrielle Zentrum Ungarns. Die Stadt hat mehr als 2 Millionen Einwohner, ungefähr ein Fünftel der Landesbevölkerung. Zu den vielen Neubauten gehört auch dieses große Hotel (links); an den belebtesten Straßenkreuzungen werden Unterführungen angelegt (oben rechts). In den Betrieben der Stadt sind etwa 40 Prozent der Industriearbeiter des Landes beschäftigt. In Budapest befindet sich ein großes Automobilwerk, das Ikarusz-Busse herstellt (unten rechts). Die Stadt hat viele moderne Selbstbedienungsläden (Mitte rechts).

NEUE ZEIT

Nr. 8

22. Februar 1967

Wochenschrift für Weltpolitik
Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

25. Jahrgang

Erscheint in russischer,
deutscher, englischer, französischer,
spanischer, polnischer und tschechischer
Sprache.

Sämtliche Ausgaben
entsprechen der russischen.
Russisch am 17. Februar erschienen.

In diesem Heft:

Unser Kommentar: Ein Beitrag zum Friedenswerk • Der Himmel über Hanoi • Die Welt- presse über Pekings Abenteuer- tum	1
Observator – Die „Ostpolitik“ Westdeutschlands	5
G. Tunkin – Vom Standpunkt des Völkerrechts	7
Zum 50. Jahrestag der Sowjetmacht: I. Radwolina – Sowjetische Meridiane	9
I. Kiuljowski – Neue Vorgänge auf dem Balkan	11
Eusebio Cimorra – Schläge der Arbeiterklasse gegen das Franco- regime	14
Boris Wesnin – Frankreich: Wahl- sorgen	16
B. Rjabow – Moskau-Colombo	18
S. Mirski – Zur kulturellen Zu- sammenarbeit zwischen der So- wjetunion und Ungarn	20
G. Kusnezow – Konflikt in der amerikanischen Gewerkschafts- führung	21
Zeitgeschehen	22
Internationale Umschau	26
Zezilia Kin – Italien und seine Li- teratur	28
W. Rosen – Frei erfunden: Eine sowjetische Mata Hari	31
Biographisches: Károly Csatorday • Ricardo Alarcon de Quesada	25, 27
Leserbriefe	19

Ein Beitrag zum Friedenswerk

Der Besuch, den Alexej Kossygin, der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, im Februar Großbritannien abgestattet hat, ist ein Markstein in der Entwicklung der englisch-sowjetischen Beziehungen. Bedeutungsvoll sind nicht nur die konkreten Beschlüsse, die die Londoner Verhandlungen ergeben haben, wenn viele von ihnen auch an sich sehr wertvoll sind.

Der Besuch Alexej Kossygins hat grundsätzliche Bedeutung, denn er hat gezeigt, wie freundschaftlich man in England, trotz der Jahrzehnte des kalten Krieges und der systematischen sowjetfeindlichen Propaganda der NATO, zur Sowjetunion eingestellt ist. Das Bestreben der Engländer, allseitig mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten, hat sich sinnfällig darin gezeigt, wie Kossygins Vorschlag, einen sowjetisch-englischen Vertrag über Freundschaft, friedliche Zusammenarbeit und Nichtangriff zu schließen, von weiten Kreisen aufgenommen worden ist. Der „Daily Express“ schrieb, der Vorschlag habe „beide Kammern des Parlaments elektrisiert“.

Man kann mit Genugtuung feststellen, daß die Regierung Großbritanniens in der am 12. Februar unterzeichneten gemeinsamen Erklärung diesen Vorschlag begrüßt und mitgeteilt hat, sie sehe wirklich Verhandlungen entgegen, die zum Abschluß des Vertrages führen würden. Es erübrigt sich, ausführlich nachzuweisen, daß so ein Vertrag viel dazu beitragen kann, das Freundschaftsverhältnis der beiden Länder noch enger zu gestalten. Und das wiederum würde sich ungemein günstig auf die Gesamtlage in Europa und in der ganzen Welt auswirken.

In der gemeinsamen Erklärung ist festgestellt, daß die Entwicklung der englisch-sowjetischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem, technischem und auf anderen Gebieten Fortschritte gemacht hat. Die diesbezüglichen Aussichten sind sehr hoffnungsreich. Besonders Interesse zeigten die Engländer für den Vorschlag, Handelsabkommen mit längeren Terminen abzufassen. „Es ist kein bloßer politischer Gemeinplatz, wenn man sagt, daß der Handel lange ein Bindeglied zwischen England und Rußland gewesen ist“, schreibt darüber die „Times“. „...Auf dem Weltmarkt bestehen genug Unsicherheiten, damit der Gedanke an Kontrakte, auf die jahrelang Verlaß wäre, den britischen Industriellen anziehend erscheinen kann.“

Sehr befriedigt war man über die Vereinbarung, laut der die Sowjetunion in Großbritannien zusätzliche Mengen von Gebrauchsgütern ankaufen wird; ebenso darüber, daß in London für 1968 eine sowjetische Handels- und Industrieausstellung geplant ist; ferner über die Bildung eines sowjetisch-englischen Beratungsausschusses für Fragen, die den Ausbau der kulturellen, wissenschaftlichen und sportlichen Verbindungen betreffen.

Es ist beschlossen worden, zwischen dem Kreml und dem Amtssitz des britischen Premierministers in London eine direkte Fernschreibverbindung wie die anzulegen, die zwischen Moskau und Paris sowie Washington für den Fall

dringender Konsultationen auf Regierungsebene besteht. Darin kommt zum Ausdruck, daß anerkannt wird, wie wichtig und nützlich ein direkter Kontakt zwischen Moskau und London in den heutigen bewegten Zeitläuften ist.

Um es kurz zu sagen, haben die Verhandlungen in allen Dingen, die die englisch-sowjetischen Beziehungen betreffen, ein hochgradiges Einvernehmen und gegenseitiges Verständnis zutage treten lassen. Auch die Ansichten der beiden Regierungen zu einigen sehr wichtigen außenpolitischen Fragen haben viel miteinander gemein.

Die Partner haben anerkannt, daß eine friedliche Bereinigung der ungelösten internationalen Probleme von allgemeinem Interesse wäre;

sie haben bestätigt, daß sie entschlossen sind, zur Entspannung in Europa und zur Ausdehnung der friedlichen Zusammenarbeit auf gesamteuropäischer Ebene beizutragen;

sie haben entschieden erklärt, daß eine allgemeine und vollständige Abrüstung notwendig ist, und haben sich für einen möglichst baldigen Abschluß des Kernsperrvertrags ausgesprochen.

In London wurde auch ausführlich die Vietnamfrage besprochen. Die beiden Partner haben detailliert ihre Meinung darüber ausgetauscht, und sie haben gemeinsam erklärt, daß eine möglichst baldige Einstellung des Vietnamkriegs erreicht werden muß. Allerdings konnten sie sich nicht darüber einig werden, auf welche Weise der Frieden in Vietnam wiederhergestellt werden soll.

Gewisse englische und andere westliche Blätter, die früher übertriebene Hoffnung auf eine Regelung der Vietnamfrage am Londoner Verhandlungstisch äußerten, sind jetzt ebenso übertrieben enttäuscht darüber, daß es nicht gelungen ist, sie herbeizuführen.

Es ist natürlich zu bedauern, daß sich die Regierung Englands nicht dazu entschlossen hat, ihre frühere Politik aufzugeben, mit der sie die amerikanische Aggression in Vietnam billigt. Dennoch scheint uns, daß sich der dieser Tage in London gepflogene Meinungsaustausch günstig auswirken wird. Alexej Kossygin's Erklärungen, daß die USA für den Krieg in Vietnam verantwortlich sind, und seine Unterstützung der von der DRV zu Recht gestellten Forderung, den Bombenangriffen gegen sie ein Ende zu machen als elementarer Bedingung für die Aufnahme irgendwelcher Verhandlungen — das alles hat die Atmosphäre geklärt und auf die ganze Welt großen Eindruck gemacht.

In der gemeinsamen Erklärung heißt es:

„Die beiden Regierungen sind sich darüber einig, daß, obwohl in ihrem Urteil über einige internationale Kardinalfragen noch erhebliche Unterschiede bestehen, die während des Aufenthalts des Vorsitzenden des Ministerrats

der UdSSR im Vereinigten Königreich abgehaltenen Gespräche und persönlichen Zusammenkünfte nutzbringend waren und zu einer besseren Kenntnis der beiderseitigen Standpunkte beigetragen haben. Die Gespräche waren auch den Beziehungen der beiden Partner förderlich. Beide Regierungen werden sich weiter darum bemühen, daß sich ihre Ansichten zu einem immer weiteren Fragenkreis decken. Sie haben bestätigt, daß sie auch weiterhin regelmäßig Zusammenkünfte und Aussprachen abzuhalten wünschen, um das Verhältnis zwischen der UdSSR und dem Vereinigten Königreich noch zu verbessern und zur internationalen Entspannung sowie zur Festigung des Friedens beizusteuern.“

Das abschließende amtliche Dokument über den Besuch Alexej Kossygin's in England hat den ganzen Inhalt der Gespräche, Diskussionen und Zusammenkünfte nicht fassen können. Alles deutet aber darauf hin, daß die Vorschläge, Gedanken und Argumente des sowjetischen Regierungschefs an der Öffentlichkeit Englands noch lange zur Debatte stehen werden. Man kann schon heute sagen, daß der Besuch Alexej Kossygin's in England ein gewichtiger Beitrag zur Festigung des Friedens und zum Ausbau der europäischen Zusammenarbeit gewesen ist,

Der Himmel über Hanoi

Die Weltöffentlichkeit erfährt besorgt, ja entrüstet, daß die amerikanischen Bombenangriffe gegen die DRV wieder angefangen haben. Nur 133 Stunden war der Himmel über der DRV ruhig. Die anläßlich des Mondneujahrs angekündigte viertägige Pause in diesen barbarischen Überfällen wurde nur um zwei Tage nach dem Waffenstillstand verlängert. Am 13. Februar warfen Phantom-Strahlbomber erneut ihre tödliche Last auf Nordvietnam ab. Wie die Associated Press mitteilt, geschah das wahllos. Die Piloten hätten nicht einmal gewußt, „welche Objekte mit Bomben belegt werden“. Mehr noch, im Pentagon hat man erklärt, daß „die wiederaufgenommenen Bombenabwürfe auf Nordvietnam beispiellos massiert sein werden“.

Diese zur Schau gestellte Barbarei wirkt gerade jetzt besonders unheilverkündend. Nguyen Duy Trinh, der Außenminister der DRV, hat dem australischen Journalisten Wilfred Burchett am 28. Januar folgendes in einem Interview gesagt:

„Wenn die USA wirklich verhandeln wollen, müssen sie erst die Bombenangriffe und alle sonstigen militärischen Akte gegen die DRV ohne alle Bedingungen einstellen.“

In einem Interview, das der Minister einer japanischen Fernsehgesellschaft gab und dessen Wortlaut am 11. Februar veröffentlicht war, hat er diese Erklärung bestätigt. In der ganzen Welt ist sie als Beweis des guten Willens Nordvietnams aufgefaßt worden, als Beweis für dessen Bestreben, eine politische Regelung herbeizuführen. Nun mußte man abwarten, wie die Amerikaner reagieren würden. Washington tat ja so,

als bedürfe es nur eines „Signals aus Hanoi“. Die USA haben die Erklärung des DRV-Ministers aber mit „beispiellos massierten Bombenabwürfen“ beantwortet.

Unverkennbar will die Regierung der USA nicht verhandeln, will sie nicht, daß der Konflikt friedlich beigelegt wird. Sie hält weiter Kurs auf eine Fortsetzung der Aggression, auf eine weitere Eskalation, und mit dem Gerede von einer „politischen Regelung“ soll nur darüber hinweggetäuscht werden. Diese Haltung ist unverkennbar von den aggressivsten, abenteuerlichsten Kreisen der USA diktiert. Die Absicht, „die Weltöffentlichkeit zum Teufel zu schicken“, die unlängst einige amerikanische Kongreßleute äußerten, macht sich Washington sichtlich zur Richtschnur.

Worauf rechnen die amerikanischen Aggressoren? Sie haben sich ja schon davon überzeugen müssen, daß es kein Mittel gibt, das vietnamesische Volk, das noch dazu von der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern fühlbar unterstützt wird, in die Knie

zu zwingen. Vielleicht verspricht man sich in Washington etwas von dem provokatorischen Vorgehen der Pekinger Spalter, die versuchen, Vietnam durch eine „chinesische Mauer“ von der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern zu trennen? Über solche Erwartungen wird jetzt im Westen viel geschrieben, und es steht außer allem Zweifel, daß der sowjetfeindliche Kurs Pekings den amerikanischen Aggressoren durchaus paßt. Ihre Hoffnung darauf wird aber enttäuscht werden, denn die Solidarität mit dem kämpfenden Vietnam ist keine konjunkturbedingte Politik, sondern die heilige internationale Pflicht und Schuldigkeit aller seiner wahren Freunde. Sie glauben fest daran, daß der Himmel über Hanoi schließlich von den imperialistischen Raubvögeln gesäubert und daß die Aggression unterbunden werden wird.

In der Politik löst jeder Druck, ebenso wie in der Physik, einen Gegendruck aus. Die Verbrechen der Aggressoren werden nicht ungestraft bleiben.

Die Weltpresse über Pekings Abenteuerertum

Das Vorgehen der Peking-Führer erschwert die internationale Lage derart, daß jeder denkende Mensch, wenn er morgens die Zeitung zur Hand nimmt oder den Rundfunk einschaltet, in erster Linie Mitteilungen darüber sucht und erwartet, was in China geschieht. Die ganze Welt weiß von den Ausschreitungen der Hungweipings vor der sowjetischen Botschaft in Peking, von der tiefen Entrüstung des Sowjetvolkes, von den Protestresolutionen, die auf Kundgebungen der Werktätigen unseres Landes gefaßt werden, und von den beherrschten Erklärungen, die die Sowjetregierung aus Protest gegen die unsinnigen und gefährlichen Provokationen der Pekinger Behörden abgibt. Und natürlich weiß die ganze Welt auch, was sich alles in China selbst abspielt. Wie beurteilt die Weltöffentlichkeit diese Vorgänge?

Vor allem wird es als feststehend angesehen, daß hinter der sogenannten Kulturrevolution und den damit zusammenhängenden Ausschreitungen der Hungweipings Machtkämpfe stecken. Die italienische Zeitung „L'Unità“, eins der bestunterrichteten und solidesten Blätter Westeuropas, brachte am 27. Januar einen Artikel mit der Überschrift „Der politische Kampf in China“. Die Zeitung

schreibt, die „Rebellen“ hätten offenbar ihr Ziel nicht erreicht, das der offiziellen chinesischen Presse zufolge darin besteht, „die politische, wirtschaftliche und kulturelle Macht zu ergreifen“. Weiter schreibt „L'Unità“:

„Lin Piaos Gruppe hat in vielen Städten, möglicherweise auch in ganzen Provinzen und ganzen Sektoren des Lebens im Lande keineswegs die Macht inne. Um diese Macht zu erringen, wendet sie immer grausamere Kampfformen an, erreicht aber offenbar nicht, was sie erhofft hatte.“

Ferner teilt das Blatt mit, auch unter denen, die die „Kulturrevolution“ anfangs unterstützten, habe sich eine Opposition gegen sie gebildet. Selbst in den Kreisen führender Parteifunktionäre beginne man zu zweifeln; viele seien der Ansicht, daß die „Rebellen“ zu weit gehen. Nach neuesten Meldungen ist so eine Opposition auch in der Armee entstanden, die, wie „L'Unità“ schreibt, anfangs „die festeste Stütze der „Kulturrevolution“ zu sein schien. Die Zeitung kommt zu folgendem Schluß: „Es bestätigt sich also, was wir annahmen, nämlich, daß der heftige politische Kampf eine tiefe Spaltung sowohl an der Spitze als auch unter den Massen verursacht hat. Dieser Kampf nimmt immer

drastischere Formen und einen immer krasserem Charakter an.“

Ein Teil der bürgerlichen Presse, u. zw. ihr reaktionärster Teil, der schon immer gegen die Kommunisten und die sozialistischen Länder gehetzt hat, macht jetzt aus seiner Schadenfreude über die Vorgänge in China kein Hehl. Diese Art Zeitungen rechtfertigt die Gewaltakte und Ausschreitungen und will ihren Lesern weismachen, so sei eben der Kommunismus.

Gewiß möchte die reaktionäre Propaganda den Sozialismus als Gesellschaftsordnung hinstellen, in der Ungesetzlichkeit, Unsicherheit, Not und Barbarei herrschen und die Kultur mit Füßen getreten werde. Sie möchte die Kommunisten als gedankenlose, grausame Fanatiker hinstellen, die sinnlos auswendig gelernte Formeln hersagen. Die französische „Humanité“ ist empört über solche Versuche, die Geschehnisse in China zur Verunglimpfung des Kommunismus zu benutzen, sie schreibt, daß diese Geschehnisse nichts mit Kommunismus und Marxismus zu tun haben, umgekehrt, es handle sich dabei um ein ausgesprochenes Komplott gegen die Kommunistische Partei.

„Die sattsam bekannte „Kulturrevolution“, schreibt die „Humanité“, „ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine Handhabe der Gruppe Maos, die mit Hilfe der Gewaltakte politisch unreifer Massen von Jugendlichen versuchen will, das Leben im Land ganz unter ihre Kontrolle zu bekommen.“ Das Blatt fährt fort, die Französische Kommunistische Partei werde niemals dulden, „daß

der Kommunismus, der Kampf der Kommunisten gegen die Ausbeutung und für die Befreiung und das Glück der Menschen auf eine Stufe mit einer Karikatur gestellt wird, wie sie Mao und seine Gruppe heute in China entwerfen.“

Beobachter und bürgerliche Zeitungen des Westens stellen fest, daß die chinesische Propaganda die sowjetfeindliche Kampagne schürt, indes aber fast gänzlich aufgehört hat, den amerikanischen Imperialismus anzugreifen. Die indische Zeitung „Patriot“ äußert sogar den Verdacht, daß man das Terrain für eine Abmachung mit Amerika vorbereiten wolle. Wie der Beobachter Sulzberger von der „New York Times“ mitteilt, hat die Gruppierung Maos in China „über ein drittes Land zu verstehen gegeben, daß eine Vereinbarung über einen Modus vivendi mit Washington nicht ausgeschlossen sei“.

In unserem Atomzeitalter ist die friedliche Koexistenz eine eherne Notwendigkeit. Hier aber handelt es sich nicht um eine Politik der friedlichen Koexistenz, wie sie von denen aufgefaßt wird, die einen festen Frieden auf Erden und den Fortschritt der Menschheit wollen. Vielmehr handelt es sich um einen Verrat an den Interessen der Völker, die einer imperialistischen Aggression zum Opfer gefallen sind, wie auch der Völker, deren Unabhängigkeit vom Neokolonialismus bedroht ist.

Die afrikanische Presse und die fortschrittliche Presse Lateinamerikas schreibt, die Politik der chinesischen Führer schade der nationalen Freiheitsbewegung.

„Man kann sich kaum etwas vorstellen, das den Interessen der Entwicklungsländer mehr zuwiderliefe als die sogenannte Kulturrevolution“, schreibt die „Morning Post“ (Nigeria).

Besondere Ablehnung bei den Freunden der Völkerfreiheit und bei den Gegnern der imperialistischen Aggression findet Chinas Politik Vietnam gegenüber. Sie wird als Verrat an den Interessen des tapferen Volkes angesehen, das der Aggression der Imperialisten Widerstand leistet. Jeder ist sich ja darüber klar, wie wichtig erstens die Hilfe der Sowjetunion an Vietnam bei seinem Widerstand gegen den militärischen Überfall des Imperialismus ist und wie groß zweitens die Schwierigkeiten sind, die die chinesischen Führer mit ihrem hanebüchernen sowjetfeindlichen Verhalten dieser Hilfe in den Weg legen.

Das Exekutivkomitee der KP Uruguays veröffentlichte Mitte Februar in der Zeitung „El Popular“ eine Erklärung über den Kampf für die Einheit der kommunistischen Weltbewegung. Darin heißt es, daß die Vorgänge in der Volksrepublik China dem Zustandekommen der Einheit und Solidarität, die für die Hilfe an das vietnamesische Volk in seinem Kampf so wichtig sind, große Schwierigkeiten bereiten. Die Kommunisten Uruguays sind der Meinung, daß diese Vorgänge auf eine Abkehr der Führer der KP Chinas von der Generallinie der kommunistischen Bewegung, auf ihre Abkehr von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zurückzuführen sind.

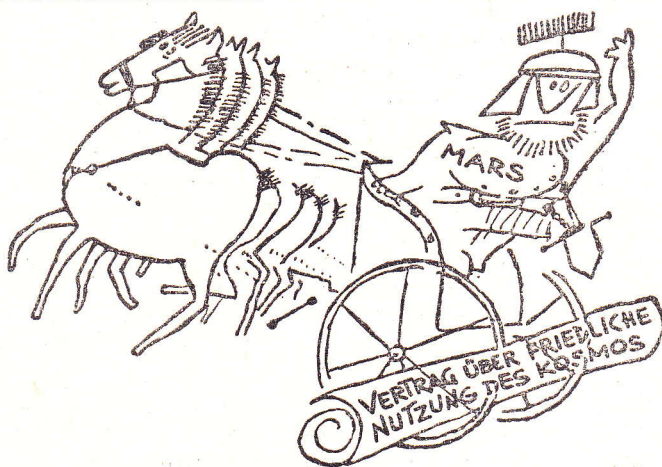
Die kommunistische Zeitung Schwedens „Norskensflamman“ brachte einen Artikel von Hilding Hagberg, einem führenden Funktionär der KP Schwedens, über die Geschehnisse in China. Er bezeichnet es als einen „verhängnisvollen Fehler“ der Pekinger Führer, daß sie die kommunistische Weltbewegung zu spalten suchen und eine Außenpolitik betreiben, die darauf abzielt, China zu einem Feind der Sowjetunion zu machen und die Hilfeleistung an Vietnam zu erschweren.

Selbstverständlich erregen die Provokationsakte Chinas gegen die Sowjetunion und die dadurch verursachte äußerst gespannte internationale Lage im Fernen Osten in aller Welt Besorgnis und werden sogar von Kreisen verurteilt, denen jede Sympathie für die sozialistischen Länder und für die Sowjetunion fernliegt. Es ist aber kein Geheimnis, daß diejenigen militaristischen und reaktionären Kreise, die die Aggression in Vietnam angezettelt haben, über diese Lage eine gewisse Befriedigung empfinden.

In der „Washington Post“ erschien am 31. Januar ein Artikel über die Ereignisse in China, gezeichnet von zwei gutunterrichteten Beobachtern, Pearson und Anderson. Sie teilen mit, daß das „Staatsdepartement“ jeden Zettel von Leuten, die aus Rotchina nach Hongkong geflüchtet sind, jede abgefangene Rundfunkmeldung und jede Mitteilung von Journalisten genau studiert“.

Was die Flüchtlinge betrifft, so haben sie ein Bild davon gegeben, wie ernstlich das normale Funktionieren der industriellen Betriebe, der Landwirtschaft, der Eisenbahnen und des Bürobetriebs in ganz China gestört ist, und die „Washington Post“ reproduziert dieses Bild. Im Artikel dieser Zeitung sind aber nicht so sehr die mehr oder minder bekannten Tatsachen bemerkenswert wie der in der Überschrift ausgedrückte Gedanke. Sie lautet: „Das Chaos in China hebt die Pekinger Gefahr auf“. Mit Pekinger Gefahr meint ein Blatt wie die „Washington Post“ natürlich etwas ganz Bestimmtes. Sie betrachtet China vor allem vom Standpunkt der aggressiven Absichten der USA auf Asien. Washington hat einen Nutzen davon, wenn China geschwächt und zerrüttet ist.

Der amerikanische Imperialismus sieht in der Entwicklung in China eine Chance für seine Aggressionspolitik im Fernen Osten.



Ein Knüttel zwischen die Räder des Kriegswagens

G. Simeonow, „Strshel“ (Bulgarien)

Die „Ostpolitik“ Westdeutschlands

OBSERVATOR

In den politischen Kreisen des Westens ist in letzter Zeit nachdrücklich von einer politischen Wende in der Bundesrepublik die Rede, u. zw. seitdem in Bonn die „große Koalition“ entstand. Gegenwärtig konstituiert sich in der westlichen Presse eine ganze Konzeption der neuen Bonner Politik.

Es erübrigt sich, Pressestimmen zu zitieren. Für diese kann eine Stellungnahme Walter Lippmanns aus „World Journal Tribune“ als Quintessenz der meist verbreiteten Betrachtungen der westlichen Propaganda über die bundesdeutsche Politik stehen.

„Die neue Koalition in Bonn“, behauptet Lippmann, „hat die alten Leidenschaften überwunden und ist darangegangen, die grundlegenden Positionen und den politischen Kurs der Nachkriegszeit zu überprüfen. Sie hat auf den ganzen Packen der Kalten-Kriegs-Doktrin verzichtet.“

Handelte es sich um ein Land, dessen Politik die Situation in Europa und in der ganzen Welt nicht erheblich beeinflußt, so könnte man derartige Äußerungen schließlich unbeachtet lassen und ihren Verfasser anheimstellen. Hier handelt es sich aber um ein Land, das nach wie vor als der hauptsächliche Störenfried in Europa auftritt. Selbstverständlich müssen sich die Völker unseres Kontinents deshalb völlig im klaren darüber sein, mit wem sie es heute zu tun haben, welches die wahren Absichten der Regierung Kiesinger sind und ob man mit gutem Grund von einem Kurswechsel reden kann.

Wir wollen bei der „Ostpolitik“ Bonns verweilen, denn sie steht im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Daß die Politik Adenauers und Erhards den sozialistischen Ländern Europas gegenüber gescheitert ist, unterliegt keinem Zweifel. Im Grunde geben das auch die westdeutschen Führer zu, denn sonst hätte ja die Regierung Kiesinger nicht eine „neue Ostpolitik“ angekündigt.

Bonn legte es darauf an, die Deutsche Demokratische Republik zu liquidieren, sie zu verschlingen. Die DDR steht aber fest auf den Beinen. Sie ist wirtschaftlich zu einem starken Staat geworden und hat sich auch außenpolitisch durchgesetzt.

Die „Frankfurter Allgemeine“ fragt, was die Bundesrepublik in der deutschen Frage erreicht habe, und antwortet selbst: Nicht das geringste.

Bis vor kurzem bezogen die Bonner Führer eine Haltung der „Selbstisolierung“ von den sozialistischen Ländern. Zu diesem Zweck wurde die Hallstein-Doktrin erfunden. Ihr wurde die Anmaßung Bonns zugrunde gelegt, allein ganz Deutschland vertreten zu wollen. Mit dieser Doktrin negierte die Bundesregierung die Möglichkeit diplomatischer Beziehungen zu den Staa-

ten, die Verbindungen mit der DDR unterhalten (mit Ausnahme der Sowjetunion). 1957 brach Westdeutschland die Beziehungen zu Jugoslawien ab, sobald dieses Gesandte mit der DDR austauschte. Ein Gleiches tat Bonn 1962 hinsichtlich Kubas, als Kuba diplomatische Beziehungen zur DDR aufnahm.

Hat Westdeutschland dadurch etwas gewonnen? Nein, daraus sind ihm lauter Verluste entstanden.

„Die verantwortlichen politischen Kreise Bonns“, schreibt die jugoslawische Zeitung „4 jul“, „sind sich der Gefahr bewußt, daß sie durch eine starre Anwendung der Hallstein-Doktrin anstatt einer Isolierung der DDR eine sukzessive Selbstisolierung erreichen.“

Adenauer und Erhard hatten — Erhard schon in geringerem Grade — auf den Beistand ihrer Verbündeten in der Frage der Oder-Neiße-Grenze gehofft. Auch das waren eitle Hoffnungen. Die einen, wie de Gaulle, betrachten die Frage der Oder-Neiße-Grenze als entschieden, die anderen übergehen dies mit Schweigen, da sie wissen: Wer die revanchistischen Bestrebungen Bonns unterstützt, kompromittiert sich vor der Weltöffentlichkeit.

Man könnte auch andere Aspekte der westdeutschen Politik in Augenschein nehmen. Das bisher Gesagte zeigt aber schon deutlich genug, in welche Sackgasse Bonn mit seinem aggressiven Kurs und seinem Widerstreben geraten ist, den Geboten der Zeit, der Realitäten in Europa Rechnung zu tragen.

Was ist an der „neuen Ostpolitik“ eigentlich neu?

Wir wollen zwei Tatsachen konfrontieren. Am 31. Januar stellte Westdeutschland diplomatische Beziehungen zu Rumänien her. Betrachtet man diese Tatsache losgelöst von allen anderen Handlungen der Regierung Kiesinger, so könnte man annehmen, daß Bonn sich vom Fiasko der Hallstein-Doktrin überzeugt und diese über Bord geworfen hat. Das stimmt jedoch nicht.

Am selben Tag stellte das Auswärtige Amt der Bundesrepublik den diplomatischen Vertretungen in Bonn, darunter auch der sowjetischen Botschaft, Verbalnoten zu. Darin wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien bekanntgegeben und erklärt, daß einzig und allein die BRD das Recht habe und bevollmächtigt sei, „im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen“.

Diese Anmaßung Bonns war von Anfang an absurd. Nun äußert sich das um so krasser. Die westdeutschen Führer müssen sich ja darüber Rechenschaft ablegen, daß sie beschlossen haben, Botschafter mit einem Land auszutauschen, in dem es einen Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik gibt, daß Rumänien mit der DDR nicht nur diplomatische Kanäle verbinden, sondern weitaus engere Beziehungen im Rahmen der sozialistischen Gemeinschaft. Bonn gibt aber seine starre Haltung nicht auf und will die Existenz zweier deutscher Staaten nicht wahrhaben.

Stellt man diese beiden Fakten gegenüber, so läßt sich nur eins folgern: Der Bonner Kurs bleibt unverändert. Wenn überhaupt etwas geändert wird, so nur die Taktik. Eine Bestätigung dafür liefern auch einige amtliche Erklärungen. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Rainer Barzel, sagte vor kurzem im Bundes-

tag, die Haltung bliebe die gleiche, nur die Methoden könnten geändert werden.

Die neuen Manöver der Regierung Kiesinger sind bedenklich. Vielleicht hat sie ihre „Ostpolitik“ der USA-Theorie eines „Brückenschlagens nach Osteuropa“ abgeguckt?

Diese Theorie entstand in den USA, als ihr Kurs den sozialistischen Ländern gegenüber in einen Engpaß geraten war. Washington mußte die „globale“ Politik einer „Befreiung“ aller Staaten Osteuropas aufgeben und sich zu einer „differenzierten“ Politik bequemen. Das ist der Kern des „Brückenschlagens“: Man könne alte Ziele mit neuen Methoden erreichen, man solle ruhig wirtschaftliche, kulturelle und Handelsbeziehungen zu sozialistischen Ländern entwickeln, dabei aber die Besonderheiten in der Entwicklung und Haltung dieser Länder benutzen, um sie gegeneinander auszuspielen und damit die neue soziale Ordnung in jedem dieser Staaten und die Macht der ganzen sozialistischen Gemeinschaft zu unterminieren.

Auf diesem Wege können die USA keine besonderen Erfolge buchen, Bonn jedoch will nun mit dieser Konzeption sein Glück versuchen. Hier einige Tatsachen.

Der Bonner Minister für gesamtdeutsche Fragen Wehner hat in einem Interview der „Washington Post“ erklärt, die Bundesrepublik könnte unter gewissen Umständen die Frage einer Anerkennung der DDR ins Auge fassen. Wie es sich dann herausstellte, hatte Wehner diese Erklärung als privat betrachtet und war sehr ungehalten, als er sie in der Zeitung las. Deshalb ließ er prompt erläutern, unter welchen Umständen seines Erachtens Bonn die DDR anerkennen könnte: Zurücknahme der sowjetischen Truppen vom Territorium der DDR, Bekennung der DDR zu einer blockfreien Politik u. dgl.

Daraus kann man schließen, daß es in den herrschenden Kreisen Westdeutschlands politische Gruppen gibt, die die Hoffnung aufgeben, sich die DDR mit einem

Schlag einzuverleiben, aber auch diese lassen den Gedanken von einer Verschlingung der DDR nicht fallen, schlagen jedoch nur eine Veränderung der Taktik vor: Da es auf Anhieb nicht geht, solle man versuchen, die DDR zunächst zu isolieren.

Der Erste Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Wladyslaw Gomułka, schätzte am 8. Februar in Katowice die Haltung Bonns folgendermaßen ein:

„Vom Standpunkt der westdeutschen Militaristen und Revanchisten ist das eine vortreffliche Konzeption. Die Bundesrepublik muß ja im aggressiven NATO-Block bleiben und die DDR aus der Verteidigungsorganisation der Partnerstaaten des Warschauer Vertrags austreten. Bonn bemüht sich aus Leibeskräften, daß in der Bundesrepublik möglichst viele amerikanische, britische und sonstige Truppen bleiben, während die Sowjetunion ihre Truppen vom Territorium der DDR zurücknehmen soll. Rechnet man hinzu, daß die Bonner Regierung ein Drittel des polnischen Territoriums beansprucht und die Bundeswehr mit Kernwaffen ausrüsten will, so rundet dies das Bild ab und zeigt, wie unheilvoll die Bonner Politik ist, die den Frieden stört und dem kalten Krieg Auftrieb verleiht.“

Solange die in Westdeutschland herrschenden Kreise ihre alten Positionen nicht überprüfen, glaubt ihnen niemand, daß sie eine Gesundung des politischen Klimas in Europa anstreben. Bisher besteht kein Grund dazu, von einem konstruktiven Herantreten der Regierung Kiesinger an die europäischen Angelegenheiten und von einer „neuen Ostpolitik“ Bonns zu sprechen, denn ein solches Herantreten und eine neue Politik setzen in erster Linie voraus, daß die Bundesrepublik das Vorhandensein der beiden deutschen Staaten anerkennt, auf das anmaßende „Alleinvertretungsrecht“ und auf Gebietsansprüche anderen Ländern gegenüber verzichtet, die europäischen Grenzen als unveränderlich anerkennt und ihre Ansprüche auf Kernwaffenbesitz aufgibt.

STÜRMISCHE DEBATTE

Die kanadische Presse berichtete wiederholt darüber, daß die kanadische Rüstungsindustrie Aufträge des Pentagons ausführt. Die Frage dieser Rüstungsaufträge wurde vom Führer der Opposition J. Diefenbaker im Unterhaus angeschnitten. Er fragte:

„Wie steht der Ministerpräsident zu der Forderung, die Waffenlieferungen an die USA einzustellen, solange sich ihre Truppen in Vietnam befinden?“

Ministerpräsident Pearson hätte diese Frage direkt beantworten können: Die kanadische Regierung beabsichtige nicht, von Verpflichtungen zurückzutre-

ten, die das Bündnis zwischen Kanada und den USA verstärken. Da er aber die Stimmungen der kanadischen Öffentlichkeit kennt, zog er eine ausweichende Antwort vor:

„Ich habe diese Forderung nicht ausdrücklich befürwortet... bringe jedoch dem Wunsch, dem Krieg in Vietnam ein Ende zu setzen, Verständnis entgegen.“

Da ging die Opposition zum Angriff über. Es hagelte Fragen:

„Wann wird die Regierung eine klare Erklärung über ihren Beschluß abgeben?“

„Beabsichtigt die Regierung, etwas an ihren Abkommen mit den USA hinsichtlich der Rüstungsfrage zu ändern?“

Dem Ministerpräsidenten half der Speaker aus der Patsche, indem er erklärte, die Fragen der Opposition stünden „nicht zur Debatte“.

Kanada ist Mitglied der Internationalen Überwachungs- und Kontrollkommission in Vietnam. Die Weltöffentlichkeit darf von Kanada eine andere Politik dem Aggressor gegenüber erwarten. Wer zum Schiedsrichter in weltpolitischen Fragen bestellt worden ist, dem steht es nicht an, den Aggressor mit Waffen zu versorgen.

Vom Standpunkt

des Völkerrechts

Früher gestattete das Völkerrecht den Krieg als eine Form zwischenstaatlicher Beziehungen und anerkannte den Kriegszustand als einen „normalen“ Status internationaler Beziehungen neben friedlichen Beziehungen. Der bekannte schweizerische Völkerrechtler Max Huber schreibt: „Das Völkerrechtssubjekt“ (d. h. der Staat) „hat ein Recht, ein aus der Völkergemeinschaft fließendes Individualrecht, andere Personen gleicher Art ganz oder teilweise zu vernichten.“

In jener Zeit war dem Völkerrecht der Begriff Aggression fremd. Welcher Staat der Angreifer war, wer den Krieg entfesselte und zu welchem Zweck — all das hatte nicht die geringste rechtliche Bedeutung. Vom juristischen Standpunkt standen der Aggressor und das Opfer der Aggression auf demselben Blatt. Wichtig war, wer den Krieg gewonnen hatte. Der Sieger durfte dem besiegten Staat seine Bedingungen diktieren und konnte dessen Territorium annektieren und sogar diesen Staat auflösen, wenn er total besiegt war. „Wenn ein Staat durch Eroberung zum Gebietsteil des siegreichen Staates wird, geht er daher als völkerrechtliches Rechtssubjekt unter“, schrieb Liszt in seinem bekannten Lehrgang für Völkerrecht.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution brachte jedoch wesentliche Veränderungen im Völkerrecht mit sich. Schon im Dekret über den Frieden brachte die Sowjetregierung die Idee vor, daß Aggressionskriege verbrecherisch und zu verbieten, daß Annexionen unzulässig seien. Eroberungskriege wurden dort zum „größten Verbrechen an der Menschheit“ erklärt.

In den späteren Jahren setzten sich der Sowjetstaat und die fortschrittlichen Kräfte der Welt dafür ein, daß diese Ideen im Völkerrecht ihren Niederschlag fänden. Die Anerkennung dessen, daß der Aggressionskrieg verbrecherisch ist, widerspiegelt sich in einer Reihe von

Verträgen der Sowjetunion und dann im Briand-Kellogg-Pakt, in einigen Bestimmungen des Völkerbundes und vielen anderen internationalen Dokumenten. Schon vor dem zweiten Weltkrieg fanden diese Ideen als völkerrechtliche Prinzipien allgemeine Anerkennung.

Anstelle des „Rechts des Staates auf Krieg“ und des „Siegerrechts“ traten die Prinzipien, die Aggressionskriege verbieten, sie für verbrecherisch erklären, die Verantwortung des Staates für solche Kriege behaupten, sowie das Prinzip der individuellen strafrechtlichen Verantwortung für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, einschließlich der Vorbereitung und Entfesselung eines Aggressionskrieges.

Es gibt kein „Siegerrecht“ mehr, dafür aber die Verantwortung des Staates für einen Aggressionskrieg. Die rechtlichen Folgen des Krieges werden nicht von den Resultaten des bewaffneten Konflikts, nicht dadurch bestimmt, wer gesiegt hat. *Die Rechtsfolgen des Krieges werden heute dadurch bestimmt, welcher Staat die Aggression verübt hat und die Verantwortung dafür als für ein schweres Verbrechen tragen muß.*

Diese neuen Prinzipien der Verantwortlichkeit kommen in internationalen Abkommen und Verträgen aus der Zeit des zweiten Weltkriegs zur Anwendung: in den Krim-Abkommen, in der Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands, im Potsdamer Abkommen, in den Friedensverträgen von 1947, in den Statuten und Urteilen der Internationalen Militärgerichte von Nürnberg und Tokio.

Auf dieser Grundlage läßt sich auch die Frage beantworten, auf welchen völkerrechtlichen Leitsätzen

das Potsdamer Abkommen basiert. Gewisse weise Männer in Westdeutschland suchen an dieses Abkommen einen Maßstab anzulegen, der für derartige Abkommen im vergangenen Jahrhundert üblich war. Vom Standpunkt des modernen Völkerrechts ist das völlig unhaltbar.

Ebenso wie andere Abkommen über Deutschland aus jener Zeit bezweckte das Potsdamer Abkommen vor allem, eine neue Aggression seitens des deutschen Militarismus zu verhüten. So heißt es dort: „Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“

Die Signature des Abkommens statuierten ferner ihre Verpflichtungen: „Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederorganisationen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen“, ebenso „für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus...“

Die Abkommen über Deutschland sind ebenso wie die entsprechenden Hauptprinzipien des modernen Völkerrechts durch die Charta der Vereinten Nationen bekräftigt worden. In Artikel 107 der Charta heißt es: „Nichts in der vorliegenden Charta soll eine Aktion in bezug

auf einen Staat abschwächen oder ausschließen, der während des zweiten Weltkrieges der Feind eines der Unterzeichner der vorliegenden Charta war, wenn eine solche Aktion als Ergebnis dieses Krieges von den Regierungen unternommen oder gebilligt wird, die die Verantwortung für diese Aktion haben.“

Zur Zeit mißbraucht man in Westdeutschland die nationalen Gefühle des deutschen Volkes, um die Idee zu propagieren, das Potsdamer und sonstige Abkommen über Deutschland seien ein „Siegerdiktat“. In dieselbe Kerbe hauen westdeutsche Juristen, wenn sie von einem „Siegerrecht“ reden, auf dem das Potsdamer und die anderen Deutschlandabkommen der Alliierten basiert seien. So behauptet Prof. F. Berber von der Münchener Universität (übrigens ein prominenter Jurist der Nazizeit), das Schicksal Deutschlands sei vom „Willen der Sieger“ abhängig gewesen, und dieser habe in den internationalen Abkommen über Deutschland seinen Ausdruck gefunden; die vom Potsdamer Abkommen vorgesehenen Maßnahmen seien nur ein Ergebnis dessen, daß Deutschland besiegt worden ist.

Mit diesen Behauptungen soll die Verantwortung Deutschlands für den Aggressionskrieg, für die beispiellosen Bestialitäten des Nazismus vertuscht werden.

Das Potsdamer Abkommen erlegte seinen Signataren — der Sowjetunion, den USA, England und Frankreich, das sich ihm später angeschlossen hatte — natürlich bestimmte Verpflichtungen auf. Obwohl die Westmächte das Potsdamer Abkommen wiederholt verletzt, bedeutet dies nicht, daß es aufgehört hat zu bestehen. „Das Potsdamer Abkommen“, schreibt der polnische Wissenschaftler Alfons Klafkowski in seiner ausführlichen Monographie, „ist ein bindender Rechtsakt, obwohl es nicht von allen Partnern ausgeführt wird.“

In der Tat, es ist völkerrechtlich allgemein anerkannt, daß ein Verstoß gegen einen multilateralen Vertrag durch eine oder mehrere Seiten nicht seine Aufhebung bedeutet. Deshalb stellte die Sowjetregierung in ihrer Erklärung vom 29. Januar 1967 mit vollem Recht fest: „Die Sowjetunion geht davon aus, daß die Mächte der Antihitlerkoalition im Einklang mit ihren im Pots-

damer Abkommen und anderen internationalen Abkommen übernommenen Verpflichtungen weiterhin dafür verantwortlich sind, ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus und Nazismus nicht zuzulassen.“

Schwieriger ist die Frage, ob diese Abkommen Deutschland irgendwelche Verpflichtungen auferlegen. Staatsmänner und Juristen in der Bundesrepublik behaupten häufig, das Potsdamer und die anderen Abkommen seien für Deutschland nicht bindend, da es nicht Partner dieser Abkommen war. Dabei spielen sie auf den Leitsatz an, wonach gewöhnliche internationale Verträge für Staaten, die nicht ihre Partner sind, nur mit dem *Einverständnis* dieser Staaten bindend sein können. Dieser Leitsatz steht in Artikel 31 des Entwurfs einer Konvention über Vertragsrecht, aufgesetzt von der UNO-Kommission für Völkerrecht. *Dieser Leitsatz betrifft jedoch nur gewöhnliche internationale Verträge.*

Die Sache ist die, daß das Potsdamer und die anderen internationalen Abkommen über Deutschland keine gewöhnlichen internationalen Verträge sind. Ihre wichtige Besonderheit besteht darin, daß sie auf den Prinzipien der internationalen Verantwortung für den Aggressionskrieg beruhen und diese Verantwortung völkerrechtlich in konkreten Formen und Maßen bestimmen. Die Rechtskraft dieser Abkommen ergibt sich für Deutschland vor allem aus den Normen des Völkerrechts hinsichtlich der Verantwortung für einen Aggressionskrieg.

Übrigens hat die UNO-Kommission für Völkerrecht nach eingehender Erörterung dieser Frage erkannt, daß Artikel 31 nicht anwendbar ist, wenn ein Staat der Aggressor ist.

Man könnte einwenden, daß das Potsdamer Abkommen die Verpflichtungen Deutschlands nicht direkt formuliert. Das ist darauf zurückzuführen, daß es damals in Deutschland kein Machtorgan gab, das irgendwelche Verpflichtungen hätte erfüllen können.

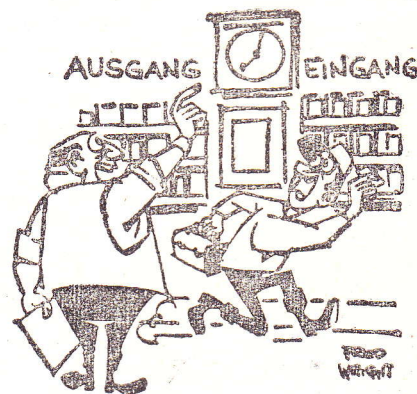
Seither sind mehr als 20 Jahre vergangen. Das Vorhandensein der beiden deutschen Staaten, die völkerrechtlich die Rechtsfolger Deutschlands sind, hat an der Wirksamkeit des in Potsdam ausgearbeiteten Programms nichts geändert, ja, die Praxis hat gezeigt, daß einer der

beiden deutschen Staaten, nämlich die Deutsche Demokratische Republik, im Augenblick seines Entstehens sich feierlich verpflichtet hat, das Potsdamer Programm zu erfüllen. Seither sind in der DDR die Hauptprinzipien von Potsdam in die Tat umgesetzt worden. In Westdeutschland jedoch hat die Entwicklung einen anderen Weg eingeschlagen: auf Remilitarisierung und Wiederaufrichtung des Nazismus. Das beschwört eine neue Gefahr für die europäische Sicherheit herauf, löst mit Recht Besorgnis aus und erfordert bestimmte Maßnahmen.

Die Sowjetregierung, die am 29. Januar eine Erklärung gerade zu diesen gefährlichen Erscheinungen der Bonner Politik abgegeben hat, verweist darauf, daß sie „im Einklang mit den Verpflichtungen nach dem Potsdamer und anderen internationalen Abkommen bereit ist, im Notfall gemeinsam mit anderen friedliebenden Staaten alle Maßnahmen zu ergreifen, die von den Umständen diktiert würden“.

Das Potsdamer Abkommen und die UNO-Charta berechtigen nicht nur, sondern verpflichten sogar zu solchen Maßnahmen. Man darf nicht zulassen, daß der deutsche Militarismus und Revanchismus erneut den Frieden und die Sicherheit Europas gefährdet.

In der „freien Welt“



„Sie arbeiten jetzt für drei, darum ziehe ich Ihnen fürs Zuspätkommen auch das Dreifache ab.“

F. Wright, „U. E. News“ (USA)

SOWJETISCHE MERIDIANE

Ich erinnere mich, wie einmal in Sofia, in einem Zimmer, wo es den Büchern schon zu eng wurde, der Gast sich aber gemütlich, wie zu Haus fühlte, der bekannte bulgarische Dichter Christo Radewski, ein zurückhaltender, bedächtiger, ganz klein wenig spöttischer Mann genießerisch wie ein echter Feinschmecker über die Deckel schön gebundener kleiner Bücher strich. Eine ganze Bibliothek sowjetischer Dichtungen. Man hatte mir schon mehrmals erzählt, daß auf seine Initiative, unter seiner Aufsicht und dank seiner Energie diese Bücherreihe seit einigen Jahren in Sofia erscheint und großen Erfolg hat.

Mit Hilfe größter Dichter Bulgariens sprechen aus diesen Büchern Majakowski, Bagrizki und viele andere zu den Bulgaren. Erst nach wiederholter Bitte nimmt Radewski — es scheint, nicht allzugern — den schlichten, schon sehr abgegriffenen Vorläufer dieser Bücherreihe vom Regal. Eine kleine Anthologie der jungen sowjetischen Dichtkunst, von ihm — Radewski — noch zur Zeit des faschistischen Terrors herausgegeben. Damals war das eine unerschrockene Tat, eine Tat des Vertrauens und der Freundschaft. Ich weiß noch, wie mir dort, in Sofia, ein anderer großer Dichter dieses Landes, ein Mann, dem jedes Pathos widerstrebt, sagte:

„Christo Radewskis sowjetische Anthologie hat einmal in meinem Leben eine große Rolle gespielt. Ich möchte sogar sagen, die entscheidende. Radewski weiß gewiß selbst nichts davon. Sie hat mich zum Kommunisten gemacht.“

Im Jahre 1936 erschien im monarchistisch-faschistischen Bulgarien das Buch „Im Lande der Sowjets“ von dem angesehenen bulgarischen Wissenschaftler Assen Slatarow. Er schrieb es, als er von einem Physiologenkongreß aus Moskau zurück-

Ida RADWOLINA

kam, und polemisierte darin mutig mit allem, was damals die bulgarische Presse von uns behauptete. Diese leidenschaftliche Erzählung eines scharfsinnigen Mannes, der alle Schwierigkeiten unseres Kampfes erkannte, aber an uns glaubte, hat uns viele Junge und auch Ältere zu Freunden und Gleichgesinnten gemacht.

In den 20 Jahren nach dem Krieg ist die schöne Tradition, die Bulgaren mit der Sowjetliteratur und mit der sowjetischen Wirklichkeit bekannt zu machen, dort eifrig gepflegt worden. In Bulgarien sind viele Bücher über die Sowjetunion erschienen. Vor kurzem habe ich mit großem Interesse und einem Gefühl der Dankbarkeit Krum Bossews Buch „Sowjetische Meridiane“ gelesen. Er hat es zum 50. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution geschrieben. Bossew hat als Diplomat sieben Jahre in unserem Land gelebt. Das Buch ist nicht nur umfänglich — es hat 508 Seiten —, sondern auch bedeutend.

Man muß sich wundern, wieviel der Verfasser unser Land bereist hat, ja er ist beneidenswert. Er war in Aserbaidshan, Grusien, Armenien, in den Republiken Mittelasien, in Sibirien, im Ural, im Hohen Norden und sogar auf einer von den Stationen „Nordpol“. Aber nicht das ist die Hauptsache an dem Buch, nicht die Wißbegier des Touristen und auch nicht die Beobachtungsgabe des Diplomaten. Vielmehr ist es dieser selbe ehrliche, scharfe Blick des Freundes, der an das Beste in dir glaubt, eines Freundes, der das Wichtige vom Unwesentlichen, das Ausschlaggebende vom lediglich Schönen, das Bleibende vom Vorübergehenden zu unterscheiden weiß.

Krum Bossew besuchte mit einer Gruppe von Diplomaten und Auslandskorrespondenten die transkaukasischen Republiken. Und doch ist das nicht die Schilderung eines Gastes, eines Außenstehenden. Man

liest die aufgezeichneten Gespräche mit Alisch Lemberanski, dem Vorsitzenden des Stadtsowjets von Baku, und empfindet, wie Bossew die innige Verliebtheit dieses Mannes in seine Stadt freut, seine Fähigkeit, talentierte Leute heranzuziehen und das Beste von allem, was Menschen auf Erden schaffen, dafür aufzubieten, daß Baku eine schöne Stadt wird, in der es sich angenehm und bequem lebt. Man erkennt, wie aufmerksam der Verfasser in der Geschichte dieser Gegend geforscht, wie er den unglaublich dornenvollen Weg überblickt hat, den Baku zurücklegen mußte, um sich aus der durstenden, vom Sand verschütteten, von der Sonne gedörrten, von Not gepeinigten, von den Reichen ausgepreßten, unendlich reichen und doch bettelarmen Stadt in die moderne, prächtige Hauptstadt Aserbaidshans zu verwandeln. Wir lesen:

„Baku heute? Ich sehe es vor mir, vor meinen Augen: vielgesichtig, vielsprachig, rauschend wie ein junger Wald. Die Bauten dieser Stadt haben etwas Eigenes. Ihre urwüchsige orientalische Schönheit hat die Ästhetik der neuen Zeit, das neue Tempo, neue Formen und klare, reine Farben in sich aufgenommen. Die strengen, technisch bedingten Linien des Architekten und die kühne Phantasie des Künstlers — beide haben im neuen Baku Gestalt angenommen. Neuartige bauliche Lösungen. Neue Farben. Metall und Glas. Eisenbeton und Glas. Wohnhäuser fallen durch ihre schlichten Formen und saftigen Farben ins Auge. Kinos, bei denen die ganze Schwere der Bauteile auf den Kanten schräggestellter Stützen ruht. Originelle, hübsche Zeitungsstände. Verschiedenfarbige Bänke in Parks, auf Plätzen und Straßen. An den Obus-Haltestellen leichte Schutzdächer, die ohne alle Stützen in der Luft zu schweben scheinen und auch verschiedenfarbig und originell sind.“

Wir lesen die wunderbare Erzählung einer alten Frau, die der Verfasser aufgezeichnet hat. Er traf sie, als sie, wie so oft schon, am Fuße

Krum BOSSEW. „Sowjetische Meridiane“. Verlag des Nationalrates der Vaterländischen Front. Sofia, 1966.

des Lenin-Denkmales Blumen niederlegte. Die Witwe eines Kommunisten, eines Teilnehmers der Revolution, eine Mutter vieler Kinder, hatte sie sich einmal um Hilfe an Lenin gewandt. In jener schweren Zeit — es waren die ersten Jahre der Sowjetmacht — kam im persönlichen Auftrag Lenins Kirow zu ihr nach Baku und sorgte für die Familie des fallenen Genossen. Seitdem findet sich die alte Frau oft und immer mit Blumen bei dem Denkmal ein.

Weiter lesen wir, was Bossews Begleiterin ihm erzählte. Sie verlebte in Baku ihre Kindheit. Das war während des Krieges. Damals stand am Meeresufer, wo jetzt ein viele Kilometer langer schattiger Park mit Süßwassergrüben, Gaststätten und einem Kino ist, kein einziger Baum. Die ganze Stadt war grau, alt, vernachlässigt. Wir lesen, wie Bossew der Mähdrescherfahrerin Sewil, einem jungen Mädchen mit langen Zöpfen, begegnete, und von ihrem tragischen Tod; wir erfahren von Bossews Fahrt nach Sumgait und von seinem Flug nach Neftjanyje Kamni (den Erdölsteinen). Wenn Sie auch das Glück hatten, dort zu sein, werden Sie staunen, wie genau und zugleich wie aufgeschlossen und aufmerksam dieser gute Freund alles bemerkt und gehört, wie er alles durch Fragen in Erfahrung gebracht und verglichen hat. Ein Freund, dem man sich verwandt fühlt.

Wie jeder von uns, so hat auch er sich in Jerewan am Anblick der Straßen und Plätze aus rosa und gelbem Tuffstein gefreut, an diesen Häusern mit ihren pietätvoll aus alter Zeit übernommenen abgerundeten Wölbungen, ihrem Schnitzwerk in Stein und ihren Ornamenten in Metall. Wie jeden von uns verlockte es auch Bossew, noch einmal eine Schilderung des alten Jerewans zu lesen, einer staubigen, unansehnlichen Stadt aus Lehmbauten. Ebenso wie wir freut er sich über die Sewan-Rasdan-Treppe mit ihren Kraftwerken, die den Städten und Dörfern der Republik Licht und Kraft spenden. Und er freut sich nicht nur. Wie uns liegt es auch ihm am Herzen, daß die Wissenschaftler das Problem lösen mögen, den Wasserspiegel des Sewan-Sees zu heben.

Zusammen mit dem Verfasser des Buches reist der Leser aus Baku, Tbilissi und Jerewan nach Irkutsk, an den

Baikalsee und nach Bratsk. Er geht in Betriebe, Hochschulen, Bibliotheken und Kraftwerke, durch die Straßen und Parks von Städten und Dörfern. Hier begegnet er Wirtschaftsleitern, Wissenschaftlern, Parteifunktionären, Arbeitern, Ingenieuren und Journalisten. Zusammen mit dem Verfasser fährt der Leser weiter, besteigt den Tienschan, reist durch die Sowchosen der Hungersteppe und die Kolchosen des Wachschtals, besichtigt den Bau des Wasserkraftwerks am Nurek, hört einen Lebenslauf nach dem anderen an, lauscht Legenden und Erzählungen über die uralte Geschichte der Gegend.

Er erfährt viel. Sehr viel. Ihn interessiert alles: Die alten Bauwerke Schachi-Sinda und Gur-Emir in Samarkand, eine Anlage zum Entsalzen des Bodens, die die Hungersteppe satt machen hilft, eine Selektionsstation am Ufer des Issyk-Kul, die Geschichte der Schule von Chorog, das über den Wolken liegt, und die ergreifende Geschichte des kirgisischen Dorfes Tasch-Tibe, die Bossew folgendermaßen zu erzählen beginnt:

„Vor uns blitzten die geraden, sauberen Gäßchen des Dorfes auf, neue, trauliche Häuschen, die hohen Bauten der Schule, des Krankenhauses, des Kulturhauses und schließlich die Wirtschaftsbauten. Das kleine Dorf hat eine wunderbare Geschichte, die einer alten Sage gleicht.

Einst wanderten Kirgisenstämme als Nomaden über die Hänge und durch die Dickichte des Alatau, des Tienschan. Vor einem halben Jahrhundert aber mußte ein kleiner Kirgisenstamm, geführt von dem alten Oldshabai, von den Bergen hinabsteigen. Er war dem ununterbrochenen Kampf mit stärkeren Stämmen nicht mehr gewachsen. Die Flüchtlinge kamen ins Tal herab und suchten sich eine stille, geschützte Stelle. Dort bauten sie ihre Filzzelte auf, und wer keins hatte, der baute sich eine grüne Laubhütte. Und sie begannen, bei russischen Ansiedlern das Land pflügen und Korn säen zu lernen, und schlugen selbst auf diesem Land Wurzeln.“

Bossews Buch enthält viel Interessantes, ich möchte sagen, nicht nur für den Ausländer. Die aufschlußreichsten, unvergeßlichsten Seiten sind wohl die, wo Bossew seinen Aufenthalt auf der Station „Nordpol 7“ schildert. Das klingt wie eine Dichtung über unsere Polarforscher und ihre opferwillige Tätigkeit, wie

eine Dichtung über Unerschrockenheit und Bescheidenheit.

Der Autor erzählt ausführlich, wie im Eislabor gearbeitet, wie der Ozean ausgelotet, die Höhe von Bergen unter Wasser gemessen, die Fauna in verschiedener Tiefe untersucht, Grundproben genommen, die Richtung der Luftströmungen festgestellt, aber auch Mahlzeiten gekocht und in Ermangelung von Sonne wenigstens einmal in der Woche Höhensonnenbäder genommen und dabei eine Dissertation über den menschlichen Organismus in der Arktis geschrieben, Aufzeichnungen gemacht, wichtigste Forschungsergebnisse aufbewahrt und aufs Festland weitergegeben, wie ein Hubschrauber jederzeit startbereit gehalten, wie vom Hydrologen und Elektrotechniker, Magnetologen und Arzt, Aerologen und Koch, Meteorologen und Funker, Ozeanologen und Flieger ihre Berufe ausgeübt werden. Bossew schreibt noch über viele andere, denen die Gruppe von Journalisten — sowjetischen und ausländischen — begegnet ist, mit denen sie auf der Eisscholle, in den Eishütten und Zelten, gewohnt hat, fünf Tage lang, während die Scholle durch die schwarze Polarnacht trieb.

Bossew war in der Baracke des Stationsleiters, Nikolai Belows. Aus seinem Notizbuch hat er folgendes in sein Buch übertragen:

„Obwohl es schon spät nachts ist, brennt in dem kleinen Raum noch Licht. Below sitzt mit dem Rücken zur Tür, hat das eine Auge zugekniffen und sieht mit dem anderen ins blinkende Mikroskop. Er hat nicht gehört, daß wir eingetreten sind. Tagsüber war er Stationsleiter und als solcher verantwortlich für das Leben der Menschen, aller und jedes einzelnen, für die Ordnung, für die Regelmäßigkeit der wissenschaftlichen Beobachtungen und für noch viele andere, unvorhergesehene Dinge. In der Nacht aber, wenn sein Stellvertreter im Lager Dienst hat und die Stimmen verklungen sind, wird Nikolai Below Wissenschaftler, ein bekannter Fachmann für Ozeanforschung und für die Geologie des Meeresgrundes. Er ist daran gewöhnt, mit Methode, planmäßig und angespannt zu arbeiten, und läßt seine wissenschaftliche Arbeit nicht einmal jetzt liegen, wo eine Gruppe ausländischer Korrespondenten auf der Eisscholle eingetroffen ist, was neue Sorgen und eine neue Verantwortung mit sich gebracht hat.“



Es ist unmöglich, alles nachzuerzählen, was der bulgarische Leser aus dem Buch „Sowjetische Meridiane“ erfährt: über unser Land, über unsere Leute in Süd, Ost und Nord, über ihre Neigungen und ihren Alltag, darüber, wo und wie sie gelernt haben, was die einen zum Kampf ums Erdöl gebracht hat und die anderen zur Entdeckung eines

Gebirgszuges am Grunde des Weltmeers, der nach Lomonossow benannt worden ist. Ja, es ist auch gar nicht nötig, das alles nachzuerzählen. Ich möchte aber noch einmal sagen, daß an diesem Buch nicht nur das wertvoll ist, wovon der Verfasser berichtet, sondern auch der ganze Geist, der daraus spricht. Wertvoll an dem Buch ist der Mensch, der

sich gedrängt fühlt, seinen Landsleuten zu erzählen, was er selbst erfahren hat, darüber hinaus aber auch bei ihnen die große Freundschaft zu wecken, die er für unser Land empfindet.

Liest man Krum Bossews Buch, so wird einem warm ums Herz, besonders jetzt, wo der 50. Jahrestag der Oktoberrevolution bevorsteht.

Neue Vorgänge auf dem Balkan

Die politische Karte des Balkans ist sehr bunt. In gewisser Hinsicht stellt sie die Welt von heute im kleinen dar: vier sozialistische und drei kapitalistische Länder, wenn man Zypern hinzurechnet, das seinen Interessen und Beziehungen nach gleichfalls zu unserem Raum gezählt werden kann.

Bulgarien und Rumänien sind Mitglieder des Warschauer Verteidigungsvertrags und des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Jugoslawien gehört zu den blockfreien Ländern, arbeitet jedoch aktiv mit anderen sozialistischen Staaten zusammen, und seine Vertreter wirken bei einigen RGW-Körperschaften mit. Albanien hält sich in den letzten Jahren abseits und zeigt kein großes Interesse für die Angelegenheiten des Balkans.

Die Türkei und Griechenland sind Partner des Nordatlantikpakts und assoziierte EWG-Mitglieder. Zwischen den beiden Staaten herrscht jedoch keine Eintracht. Ihre Differenzen im Zypernproblem werden häufig auf die Spitze getrieben. Was Zypern angeht, so verfißt seine Bevölkerung nach Erringung der Unabhängigkeit konsequent und entschlossen ihre Freiheit und staatliche Souveränität.

Daß die politische Situation auf dem Balkan kompliziert ist, liegt auf der Hand, zumal dieser Raum ein schweres Erbe angetreten hat, das gewisse politische Kreise immer noch beeinflusst.

Es handelt sich um Auseinandersetzungen, die lange Erbitterung auslösten und zu dramatischen Geschehnissen, Zerstörungen und Blutvergießen führten. Um nicht noch

weiter zurückzugreifen: In der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts tobten auf dem Balkan mehrere verheerende Kriege. In einer alten Ausgabe der Encyclopaedia Britannica wurde er als eine „europäische Hahnenkampfarena“ bezeichnet. Die westliche Diplomatie, die die Hauptverantwortung für die Atmosphäre der Zwistigkeiten in unserem Raum trägt, hat sogar den Begriff „Balkanisierung“ als Synonym für politische Wirren geprägt.

Jahrzehntelang wurde über das Schicksal der Balkanvölker im Grunde in Whitehall, am Quai d'Orsay, an der Wilhelmstraße und im Palazzo Chigi entschieden. Das löste bei den Balkanvölkern einen nationalen Minderwertigkeitskomplex aus. Man suchte ihnen einzureden, daß sie schwach seien, daß die Entscheidung weltpolitischer Fragen nicht von ihnen abhängen, daß sie zu politischen Schacherobjekten verdammt und außerstande seien, eine selbständige Rolle in der Weltpolitik zu spielen.

Die Realitäten der letzten Jahre zeigen jedoch, daß die Theorie, die Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze zwischen den Balkanländern seien unüberbrückbar, ein Fiasco erleidet. Auf dem Balkan spielen sich große Veränderungen ab. Dort entsteht eine neue politische Atmosphäre, ein Klima der Zusammenarbeit.

Trotz des unterschiedlichen sozialen Systems der Balkanstaaten obsiegen ihre gemeinsamen Interessen nach und nach. Das Erbe der Vergangenheit tritt in den Hintergrund. Immer nachdrücklicher kommen die gesunden demokratischen Traditionen der Balkanvölker zur Geltung.

Ilia KIULJOWSKI
Chefredakteur
der bulgarischen Zeitung
„Otschestwen front“

Es festigt sich das Bewußtsein, daß sie in der Weltpolitik eine ebenso aktive Rolle wie die anderen spielen, selbständig ihre Beziehungen zueinander regeln und ihren Beitrag zur friedlichen Entwicklung und zum Fortschritt der Menschheit leisten können.

Auch in den kapitalistischen Balkanländern kommen immer breitere Kreise zu der Einsicht, daß man den positiven Prozeß fortsetzen und die neue, gesunde Atmosphäre auf dem Balkan konsolidieren muß.

In den letzten Jahren habe ich fast alle Balkanländer bereist. Überall sprach ich mit Politikern, Wissenschaftlern, Künstlern und einfachen Bürgern. Ich kann mit Sicherheit sagen, daß die gutnachbarlichen Beziehungen, die ständig durch fremde Einnischung und Ränke gestört wurden, zu einer unumstößlichen Tatsache werden. Dabei kann ich mich auf die Ansicht des Gouverneurs des türkischen Wilajets Antalya berufen.

„Die Völker dieses Weltgebiets“, sagte er, „waren lange verfeindet und rotteten einander aus, wovon der Westen profitierte. Wir müssen uns mit dem Aufbau unserer Länder unter Verhältnissen guter Nachbarschaft und Zusammenarbeit befassen.“

Auf dem Balkan wirken neue Kräfte. Ich meine vor allem die sozialistischen Länder. In ihrer Außenpolitik gehen sie von neuen Prinzipien aus: vom Prinzip der sozialistischen Solidarität und vom Prinzip der friedlichen Koexistenz.

Da wären z. B. die Beziehungen zwischen Bulgarien und Rumänien. Einst trennte sie nicht nur die Donau, sondern auch ein künstlich ge-

schürter Hader. Heute stehen die beiden Länder im selben Lager. Sie haben gemeinsame Interessen, sie kämpfen gemeinsam für Sozialismus und Fortschritt, für Frieden auf dem Balkan und in der ganzen Welt. Ihre Regierungen fördern die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen und aufrichtiger Freundschaft. Der Austausch von Kulturwerten trägt immer reichere Früchte. Der Handel gedeiht. Zwischen 1966 und 1970 wird sein Umfang fast das Anderthalbfache gegenüber dem vorangegangenen Jahr fünfzig betragen. Wichtig für den Fortschritt der beiden Länder ist die bulgarisch-rumänische Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.

Um gemeinsam die Wasserressourcen der Donau zu nutzen, rüsten Bulgarien und Rumänien zum Bau einer hydrotechnischen Anlage bei Somovit-Iskaz, die eine große Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung der beiden Länder spielen wird.

Die Übereinstimmung in den Problemen des Balkans und der Weltpolitik sowie das Streben nach Zusammenarbeit haben im Herbst 1965 ihre Bekräftigung gefunden, als der Generalsekretär des ZK der KP Rumäniens, Nicolae Ceausescu, Bulgarien besuchte.

Erspröcklich entwickelt sich die Zusammenarbeit zwischen Bulgarien und Jugoslawien. Ohne sich auf den herkömmlichen Austausch geistiger Güter und auf den Handel zu beschränken, legen sie Wert auf kooperierte Produktion, was nach beiderseitiger Überzeugung sehr aussichtsreich ist.

Die Bemühungen Bulgariens und Jugoslawiens um enge Zusammenarbeit in verschiedenen Lebensbereichen manifestierten sich eindringlich, als der jugoslawische Staatspräsident Josip Broz-Tito im September 1965 Bulgarien und der bulgarische Regierungschef Todor Shiwkow im Dezember 1966 Jugoslawien besuchte. Die Gespräche in Sofia und Belgrad wurden in einer Atmosphäre aufrichtiger Freundschaft geführt und bestätigten den beiderseitigen Wunsch, zur Festigung des Friedens und der Freundschaft zwischen den Balkanländern beizutragen. In diesem Zusammenhang wurde die große Bedeutung der Kontakte und der gemeinsamen Maßnahmen in Kultur, Wissenschaft, Kunst, Sport usw. hervorgehoben.

Ein Beweis für die Festigung der Zusammenarbeit zwischen Jugosla-

wien und Rumänien ist der gemeinsame Bau eines Wasserkraftwerks an der Donau, am Eisernen Tor. Das Wasserkraftwerk, eines der größten Bauvorhaben dieser Art in Europa, wird jährlich 10 Milliarden kWh Strom liefern.

Die sozialistischen Länder sind bestrebt, die schädlichen Schlacken der Vergangenheit in den Beziehungen zwischen den Balkanländern abzutragen. Sie streben die Umwandlung des Balkans in ein Weltgebiet an, das ein Beispiel an gegenseitigem Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen den Völkern bieten würde.

Bedauerlicherweise verharrt Albanien, das sich in den letzten Jahren von Erwägungen leiten läßt, die mit seinen nationalen Interessen nichts gemein haben, auf einer Position, die den positiven Prozessen auf unserer Halbinsel entgegensteht.

Seinerzeit fand der vom Westen entfesselte kalte Krieg auch auf dem Balkan Apologeten. In Griechenland und der Türkei erschienen Artikel und Bücher, deren Autoren ungefähr dies erklärten: Wir haben uns früher nicht verstehen können, wo alle Balkanländer ein einheitliches poli-

tisches System hatten, was kann man denn heute schon erhoffen, wo außerdem eine ideologische Kluft zwischen uns liegt?

Die konsequente Friedenspolitik der sozialistischen Balkanländer und ihre konkreten Schritte zur Festigung der Zusammenarbeit mit dem kapitalistischen Teil des Balkans haben sich bewährt. Zugleich machen sich die Gegner einer friedlichen Koexistenz ernste Gedanken über das Problem Krieg und Frieden, denn Konflikte im Atomzeitalter stellen eine unermessliche Gefahr dar. Diese Politiker waren gezwungen, die Fakten nüchtern einzuschätzen, die alten Dogmen über Bord zu werfen und sich auf politischen Realismus einzustellen.

Auf dieser Grundlage ist die Möglichkeit entstanden, eine Reihe strittiger Probleme zwischen Bulgarien und Griechenland zu regeln. Ihre Beziehungen als Nachbarn waren anormal. Der Handel zwischen ihnen war eingeschränkt. Ein Kulturaustausch war kaum vorhanden. Auf den Straßen, die einst die beiden Länder verbanden, wuchs Gras. Die finanziellen Differenzen mit zahlreichen Ansprüchen und Gegen-



ansprüchen stellten einen wahren gordischen Knoten dar.

Nun hat sich die Lage verändert. Die Regierungen Bulgariens und Griechenlands ließen sich von dem Streben nach ausgesprochen gutnachbarlichen Beziehungen leiten, legten Verständnis, Takt und politischen Realismus an den Tag und setzten schließlich den Reibungen ein Ende. Die im Sommer 1964 unterzeichneten zwölf bulgarisch-griechischen Abkommen haben alle schwierigen Fragen bereinigt und den Weg zur fruchtbringenden Zusammenarbeit gebahnt. Zur Bedeutung dieses wichtigen politischen Akts äußerte Genosse Todor Shiwkow die Zuversicht, daß er sich „auf die ganze politische Atmosphäre des Balkans“ auswirken, zur weiteren Verbesserung und Entwicklung der Beziehungen zwischen den Balkanvölkern beitragen und „Möglichkeiten zur Lösung anderer wichtiger Probleme bieten wird, die vom Leben gestellt werden können“. Diese Hoffnungen bewahrheiten sich.

Positiv entwickeln sich auch die bulgarisch-türkischen Beziehungen. Der Besuch des bulgarischen Außenministers Iwan Baschew in der Türkei hat gezeigt, daß wir vor Begegnungen und Gesprächen auf höchster Ebene, vor Beschlüssen stehen, die die Verständigung und die Zusammenarbeit zwischen Sofia und Ankara zweifellos fördern werden.

Nun einiges über die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen Bulgariens zu Zypern. Wir bringen den Zyprioten aufrichtigste Sympathie entgegen und hoffen, daß die Inselrepublik nach Jahrhunderten schwerer Knechtschaft endlich selbständig sein und den Weg des Fortschritts unbeirrbar einschlagen wird.

Auch zwischen anderen Balkanländern verbessern sich die zweiseitigen Beziehungen. Vor kurzem besuchte der rumänische Ministerpräsident Ion Gheorghe Maurer die Türkei und Griechenland.

Zwischen Rumänien und der Türkei gibt es keine unlösbaren Streitfragen, deshalb ging es bei den Verhandlungen in Ankara vor allem um den weiteren Ausbau der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Besonders wichtig ist, daß die Regierungen der beiden Länder ihre Bereitschaft betonten, zur weiteren Verbesserung der Atmosphäre auf dem Balkan beizutragen.

Die rumänisch-griechischen Verhandlungen in Athen haben die Finanzfragen ins Reine gebracht und eine Reihe von Abkommen ergeben,

die den Handel, die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit fördern.

Gut gestalten sich die Beziehungen zwischen Jugoslawien und Griechenland. Im Kommuniqué über den kürzlichen Besuch des Vorsitzenden des Bundesexekutivrats Petar Stambolić in Griechenland äußert sich das Streben der beiden Länder, ihre Beziehungen zu festigen und sich um die weitere Milderung des politischen Klimas auf dem Balkan zu bemühen.

Anfang 1966 äußerten die Staatsoberhäupter der fünf Balkanländer Bulgarien, Griechenland, Rumänien, Türkei und Jugoslawien in Interviews für die Zeitung „Otechestven front“ ihren Wunsch, weiter voranzuschreiten, eine der Zusammenarbeit dienlichere Atmosphäre auf dem Balkan anzustreben.

Auf dem Balkan gab es schon immer demokratische Traditionen, die in gemeinsamen Aktionen und im Kampf von Vertretern der fortschrittlichen Öffentlichkeit gegen gemeinsame Gefahr, für Freiheit, Unabhängigkeit und Fortschritt zum Durchbruch kamen. Heute sind diese Traditionen besonders markant. Ihre Träger und Fortsetzer sind die Komitees für Verständigung und Zusammenarbeit auf dem Balkan, die in den letzten zehn Jahren in allen Balkanländern entstanden sind und in ihrem großzügigen öffentlichen Wirken die Idee popularisieren, den Balkan zu einer Zone des Friedens und der gutnachbarlichen Beziehungen zu machen. Ihre Maßnahmen im Sinne eines erweiterten kulturellen Austausches, der Entwicklung von Tourismus, wissenschaftlicher Zusammenarbeit, gemeinsamer Nutzung der Wasserressourcen finden ein immer breiteres Echo und bei Staatsmännern und Politikern starken Rückhalt.

Der Wunsch, mit vereinten Kräften die hochsinnigen Ideen der Zusammenarbeit, der Umwandlung des Balkans in einen verlässlichen Friedensfaktor in die Tat umzusetzen, wurde von der Öffentlichkeit der Balkanländer namentlich im vorigen Jahr beim 6. Treffen von Vertretern der Komitees für Verständigung und Zusammenarbeit auf dem Balkan vor Augen geführt.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Tätigkeit der Schriftstellerorganisationen hervorheben. Bei ihrem ersten Treffen, das vor vier Jahren in Sofia veranstaltet wurde, beschloßen Schriftsteller der Balkanländer

einmütig, zur Annäherung der Balkanvölker beizutragen: die Beisteuer dieser Länder zur Weltkultur zu popularisieren, den Ausbau der Kulturverbindungen zu fördern.

Ende 1965 fand in Bukarest die erste Zusammenkunft von Journalisten der Balkanländer und des Adria-raums statt, bei der Pressevertreter aller Richtungen sich um neue Formen der Zusammenarbeit bemühten.

Der I. Internationale Kongreß der Balkanforscher, an dem sich im vorigen Jahr in Sofia mehr als tausend Wissenschaftler aus vielen Ländern beteiligten, zeigte, daß die Idee der Zusammenarbeit auch in der Gelehrtenwelt stark verwurzelt ist.

Balkantreffen von Schriftstellern, Wissenschaftlern, Journalisten, Filmleuten, Ärzten, Architekten, Sportlern, Leitern des Tourismus, Philatelisten, Musikern und Folklorforschern haben die Idee der Zusammenarbeit auf dem Balkan vielen Fachleuten und Vertretern der Öffentlichkeit zu einer Herzenssache gemacht.

Diese Zusammenkünfte haben bestätigt, daß sich auf dem Balkan eine neue öffentliche Bewegung bildet, die Staatsmänner und Politiker zu konkreteren Schritten und praktischen Beschlüssen veranlaßt.

Der friedlichen Entwicklung und Zusammenarbeit der Balkanländer stehen noch viele Schwierigkeiten im Wege. Es gibt noch immer allerlei Faktoren, die zwar nicht so stark wie früher ins Gewicht fallen, doch immerhin unser Fortschreiten hemmen, eine normale, friedliche Entwicklung des Balkans stören. Man kann noch nicht sagen, daß der Einfluß der auswärtigen reaktionären Kräfte gebannt ist, die immer noch hoffen, den Balkan zu eigenen Zwecken benutzen zu können.

Die Balkanvölker blicken aber mit gutem Recht zuversichtlich ins Morgen. Die Faktoren, die die positive Entwicklung des Balkans begünstigen, wirken immer intensiver.

Eine große Rolle bei der Gesundung des Klimas auf dem Balkan spielt die Sowjetunion mit ihrer friedlichen Außenpolitik. Sie dehnt die Beziehungen zu den Balkanstaaten aus und unterstützt alle deren nützlichen Initiativen.

Die neuen Vorgänge in Europa, die Tendenzen zur Minderung der Spannungen zwischen Ost und West wirken sich auch auf die Entwicklung auf dem Balkan aus.

Schläge der Arbeiterklasse gegen das Francoregime

Als General Franco Ende vorigen Jahres im Fernsehen durchblicken ließ, daß er einen Volksentscheid über das „organische Staatsgesetz“ nur veranstalte, weil er es selbst wolle, machte er seinen Hörern blauen Dunst vor. Das Gesetz, das gewisse Veränderungen in der staatlichen und sozialen Struktur Spaniens vorsieht, ist von General Franco nicht aus eigenem, sondern gegen seinen Willen formuliert und zur allgemeinen Abstimmung gebracht worden. Der spanische Staatsoberhaupt hat den Volksentscheid gebilligt, nicht weil er das Regime liberalisieren möchte; er hat es getan, weil er um seine Diktatur zittert. Nicht deshalb hat er sich an die Öffentlichkeit gewandt, weil er sich mit ihr beraten wollte. Vielmehr wollte er ihren Willensausdruck fälschen.

Bekanntlich hatten die Teilnehmer am Volksentscheid zum „organischen Staatsgesetz“, d. h. zu Francos Vorschlägen, ja oder nein zu sagen. Im einen wie im anderen Falle hat sich nichts Wesentliches geändert, denn der Caudillo ist ja an der Macht geblieben.

Eine schwache Beteiligung befürchtend, gaben sich die Veranstalter des Volksentscheids alle Mühe, mit beliebigen Mitteln möglichst viele Ja-Stimmen zusammenzubekommen. Sie gingen sogar so weit, den Werktätigen mit der Einbehaltung des Lohns zu drohen, falls sie am Lehtag keine Bescheinigung über Teilnahme am Volksentscheid vorlegen könnten. Sie haben aber das Gute zuviel getan. In manchen Orten enthielten die Urnen mehr Stimmzettel, als dort Stimmberechtigte eingetragen waren. Auch als das Ergebnis für das ganze Land aufgerechnet wurde, stellte sich etwas Merkwürdiges heraus: Es waren zwei Millionen Stimmen mehr abgegeben worden, als Stimmberechtigte in den Listen standen.

Als Erklärung für dieses Wunder gab der Informations- und Fremdenverkehrsminister, Fraga Iribarne, an,

gerade zu jenem Zeitpunkt seien viele Emigranten, die man nicht in die Listen eingetragen hatte, „zufällig“ nach Spanien zurückgekehrt.

Die Veranstalter des Volksentscheids haben also, wie gesagt, das Gute zuviel getan. Das Unternehmen hat sogar diejenigen von der Madrider Camarilla enttäuscht, die darauf gerechnet hatten, daß ihnen das neue Gesetz ein Schlupfloch zu dem hermetisch abgeschlossenen Franco-Apparat öffnen werde, durch das sie auf höhere Posten gelangen könnten. Der Volksentscheid war eine Enttäuschung für die Leute, die das Francoregime ohne Franco aufrechterhalten wollten. Er hat aber auch bewiesen, daß Franco ohne das Francoregime nicht existieren kann.

Was die gemäßigten Oppositionellen betrifft, so haben sie sich davon überzeugen müssen, daß das Francoregime keineswegs die Absicht hat, ihnen eine Tür zu öffnen. Die naiven Leute haben einen kräftigen Nasenstüber bekommen.

Im Laufe des Volksentscheids hat sich aber etwas sehr Wichtiges ereignet: Alle Oppositionellen haben sich geeinigt, ihn zu boykottieren. Mit anderen Worten: Sie sind zusammen gegen das heutige Regime aufgetreten. Das geschah zum erstenmal, seit dieses Regime besteht.

Was jetzt, zwei Monate nach dem Volksentscheid, in Spanien vorgeht, bietet neue Möglichkeiten zur Ausdehnung und Vertiefung der zwischen den Oppositionellen hergestellten Kontakte.

Das Abstimmungsergebnis, das im Madrider Fernmeldepalast mit Hilfe von Computern aufgerechnet wurde, ist von Vertretern jeder Gruppierung der regierenden Spitze auf ihre eigene Art ausgelegt worden.

Die Ultras meinten, ihre Stunde sei gekommen, es sei Zeit, alle Unzufriedenen an die Kandare zu nehmen. Die Gerichte für öffentliche Ordnung, die jedes freie Denken verfolgen, begannen auf höheren Touren zu laufen. Legale Periodika, die

„ketzerische“ Ideen äußerten, wurden in Massen verboten. Es folgten Verhaftungen unter den Mitgliedern der Arbeiterausschüsse, die gegen Anfang der 60er Jahre in industriellen Betrieben und bei Handelsunternehmen Spaniens als Gegengewicht zu den offiziellen, franquistischen Gewerkschaften gebildet wurden. Zu diesen Ausschüssen gehören Repräsentanten ganz verschiedener politischer Richtungen: Katholiken, Sozialisten, Demochristen, Kommunisten und viele andere. Der Einfluß der Ausschüsse ist so groß, daß die Unternehmer gezwungen sind, in erster Linie ihnen und nicht den offiziellen Gewerkschaften Rechnung zu tragen.

Was die Liberalen aus dem Franco-Kabinett betrifft, so waren sie anfangs etwas erschrocken und entmutigt. Minister Solis, der für die Gewerkschaften zuständig ist, ging daran, ein neues Gewerkschaftsgesetz abzufassen. Unterrichtsminister Lora Tamayo tat so, als wüßte er von den Vorbereitungen zur Einberufung des verbotenen Studentenbundes nichts. Sowohl die Ultras als auch die Liberalen in der Regierung hofften, durch den Volksentscheid eine Atempause zu bekommen. Sie haben sich aber getäuscht, denn heutzutage arbeitet die Zeit in Spanien nicht für die Diktatur.

Die Madrider Arbeiterausschüsse beschlossen, am 27. Januar 1967 einen Tag der Protestaktionen gegen das Regime zu veranstalten. Der Appell fiel auf gutvorbereiteten Boden. Anfang Januar waren nämlich im Zusammenhang mit dem Lastfahrerstreik in Madrid, Malaga und anderen Großstädten Mitglieder von Arbeiterausschüssen festgenommen worden. Da traten aber 12 000 Arbeiter der Madrider Gesellschaft Standard Electric in den Streik, und die Verhafteten mußten freigelassen werden. Das war der Auftakt zu den Ereignissen vom 27. Januar.

An diesem Tag brodelte es in allen Fabrikvierteln der Hauptstadt Spaniens. In den Straßen marschierten

100 000 Demonstranten auf. Die Polizei war genötigt, alle ihre Kräfte zum Einsatz zu bringen. Der Pariser „Monde“ teilte folgendes mit: „Die größte Kraftprobe der letzten Zeit zwischen der Macht und der Arbeiterwelt hat begonnen.“

Noch wichtiger scheint der Umstand zu sein, daß die Aktion von den halblegalen Arbeiterausschüssen veranstaltet worden war. Im Kampf geboren und im Kampf zu einer mächtigen, guteingefahrenen Organisation herangewachsen, haben diese Ausschüsse dem spanischen Proletariat jetzt ein Gefühl der Stärke und die Erkenntnis gegeben, daß schlagkräftige gemeinsame Aktionen durchaus möglich sind.

Noch hatten sich die Wogen nicht gelegt, die die Demonstrationen der Madrider Arbeiter aufgewühlt hatten, noch standen die Belegschaften von zehn Madrider Betrieben im Solidaritätsstreik für die verhafteten Teilnehmer der Kundgebungen, noch streikten 12 000 katalonische Textilarbeiter, da kam es schon wieder zu einem großen Ausstand. Auf Initiative derselben Arbeiterausschüsse legten die Bergleute und Metallarbeiter von Asturien am 1. Februar die Arbeit nieder.

Die Demonstranten und Streikenden stellen wirtschaftliche und politische Forderungen. So fordern sie gewerkschaftliche Freiheiten. Weder der Knüppel des Innenministers, General Alonso Vegas, noch die Aufrufe von Minister Solis zum Burgfrieden und sein Versprechen, ein neues Gewerkschaftsgesetz herauszubringen, können die Arbeiter heute einschüchtern oder irreführen.

„Das Gefecht zwischen 1500 Studenten und bewaffneter Polizei im Universitätsstädtchen von Madrid dauerte fünf Stunden... Der Dekan der Rechtsfakultät, Señor Hernandez Tejero, ist aus Protest gegen die Gewaltanwendung Studenten seiner Fakultät gegenüber zurückgetreten.“

„Die Studenten von Barcelona erklärten sich mit ihren Kommilitonen in Madrid solidarisch.“

„Die Universitäten von Madrid und Barcelona sind von den Behörden für einige Tage geschlossen worden. Studentenunruhen in Sevilla.“

Solche Meldungen brachten in den ersten Februartagen viele Zeitungen der Welt. Der alte Konflikt zwischen dem Francoregime und den Universitäten ist mit neuer Heftigkeit entbrannt, und gerade zu dem Zeit-

punkt, als die Arbeiteraktionen einsetzten. Ein Zufall?

Nichts dergleichen. Die Aktionen der Studenten und der Arbeiter stehen im Zeichen des *Antifranquismus*. Das ist nicht zum erstenmal und wahrscheinlich auch nicht zum letztenmal der Fall. Früher waren die Arbeiter- und die Studentenbewegung noch nie so unverkennbar gleichzeitig in Aktion getreten.

Viele Teilnehmer der jüngsten Studentenkundgebungen hatten am 14. Dezember noch nicht das Alter erreicht, in dem man an einem Volksentscheid teilnehmen darf. Sie haben ihre Stimmen im Januar und Februar auf den Straßen von Madrid, Barcelona, Valencia und anderen spanischen Städten abgegeben.

Die Zeitung „Madrid“ hat sich bei den Behörden unliebsam bemerkbar gemacht. Womit? Mit einem Artikel, der die verdächtige Überschrift trug: „Nicht in allen Fällen ist ein Protest moralisch verwerflich.“ Da dies aber auch eine Art von Protest ist, hat man die Zeitung gerichtlich belangt.

Ein anderes Blatt, die falangistische „Arriba“, schrieb, man brauche sich nicht darüber zu wundern, daß es in Spanien wie in vielen anderen Ländern zu Konflikten zwischen Arbeitern und Behörden käme.

Diese Beispiele zeigen, was für Veränderungen südlich der Pyrenäen eingetreten sind.

Vor noch gar nicht langer Zeit war alles Lebendige in diesem Land (zum Unterschied von anderen Ländern Westeuropas) derart geknebelt und unterdrückt, daß dort tatsächlich keine offenen sozialen Konflikte vorkamen. Das lag aber keineswegs daran, daß das Franco-regime die politischen und sozialen Gegensätze aufgehoben hätte. Das Lügenmärchen vom Klassenfrieden in Spanien wurde durch die Streikwelle von 1962 und 1963 widerlegt, aber damals funktionierten die wichtigsten Triebfedern der Tyrannei noch. Das war Artikel 222 des Strafgesetzbuches, in dem ein Streik einer Meuterei im Heer gleichgesetzt wurde. Das waren ferner die Militärgerichte, die mit ihren Terrorurteilen das spanische Volk niederhielten.

Aber schon damals kam die Volksbewegung wie ein gestauter Gebirgsstrom von Zeit zu Zeit zum Durchbruch. Das geschah immer öfter, denn der Terror war ja nicht dazu

angetan, die immer schärfer werdenden Gegensätze zwischen dem Volk und der Francospitze aufzuheben.

Jetzt sagt man nicht ohne Grund, Francos Diktatur sei nicht mehr dieselbe wie vor fünf, drei oder sogar zwei Jahren. Vieles hat sich verändert, aber nicht dank General Franco, sondern gegen seinen Willen. Die Hebel des Francoterrors sind durch die Schläge der Arbeiterklasse gehörig verbogen worden.

Will man den Sinn der Wandlungen in Spanien erkennen, so muß man daran denken, daß dort der Faschismus mit Hilfe von Kugeln und nicht durch Seelenfang gesiegt hat. Er kam nicht mit Hilfe von Wahlzetteln zur Macht, sondern über die Leichen von Millionen. Er hält sich von jeher auf der Angst der Besiegten und nicht durch einen Rückhalt bei überzeugten Anhängern. Kaum verging die Angst, da erkannten die Spanier, besonders die Jugend, daß man den Faschismus bekämpfen kann.

Illegale Streiks haben die Behörden gezwungen, den berüchtigten Artikel 222 abzuändern. Der Kampf gegen den Polizeiterror, der nicht bloß in Spanien, sondern auch außerhalb des Landes geführt wurde, hat Franco gezwungen, die Militärgerichte nicht mehr gegen seine politischen Gegner zu benutzen. Die Forderung nach Pressefreiheit hat Informationsminister Fraga Iribarne genötigt, ein neues, nicht so hartes Pressegesetz abzufassen. Im Frühjahr 1966 entstand in Barcelona der erste demokratische Studentenbund. Ein nicht minder wichtiges Symptom der Veränderungen ist die Bildung der Arbeiterausschüsse.

In diesem Prozeß kann und wird es gewiß noch Angriffe und Rückzüge geben. Die Diktatur wird noch so manches Mal zum Rückzug blasen, um dann wieder zum Gegenangriff überzugehen. Sie wird mit den Zähnen knirschen und nach allen Seiten hin freundlich lächeln. So ein Lächeln war der Volksentscheid.

Man hat allen Grund anzunehmen, daß sich die Ursachen des Aufschwungs der Volksbewegung in Spanien immer mehr auf die Lage im Land auswirken werden. Nach dem Volksentscheid vom 14. Dezember ist die Basis des Francoregimes noch enger geworden, und der Kampf der breiten Bevölkerungsschichten gegen das Regime hat an Schlagkraft gewonnen.

In Frankreich begann am 13. Februar der Wahlkampf. Überhaupt aber machen sich die dortigen Parteiführer schon lange Wahl Sorgen. Noch voriges Jahr legten die wichtigsten politischen Gruppierungen in allgemeinen Zügen ihren Standpunkt fest und bildeten vorläufige Wahlblocks. Seit Jahresbeginn sieht man an Reklametafeln, Litfaßsäulen und Häusermauern die ersten Wahlplakate. Führend dabei ist der Leiter einer unscheinbaren und alles andere als einflußreichen Gruppierung, der sogenannten Republikanischen Allianz für Freiheit und Fortschritt, Jean-Louis Tixier-Vignancour. Die grünen Plakate mit seinem Bild versprechen den Franzosen goldene Berge.

Im Januar wurde offiziell bekanntgegeben, daß die beiden Wahlgänge am 5. und 12. März stattfinden. In der Woche vom 6. zum 12. Februar wurden die Kandidaten für die Nationalversammlung aufgestellt. Das ist nun erledigt. Im ganzen Land haben Wahlkundgebungen und -versammlungen begonnen. Im Fernsehen flimmerten die ersten Vertreter der verschiedenen Parteien auf, sie gaben ihre Erklärungen ab und gewährten Interviews. Den unverkennbaren Vorzug dabei hat die Regierungspartei, die UNR. Die Arena des „Stierkampfes“ wird sich erst am 3. März leeren, einen Tag bevor die Wähler zu den Urnen schreiten, um über die neue Zusammensetzung des französischen Unterhauses zu bestimmen.

Zum letzten Mal haben in Frankreich Parlamentswahlen im November 1962 stattgefunden. Seitdem ist in der Welt vieles anders geworden. Das hat auch die französische Politik beeinflusst. In ihren Wahlreden geben die Führer der herrschenden Gruppierungen und die der Opposition ihr Urteil über den vergangenen Zeitabschnitt ab und ziehen eine Bilanz daraus. Man muß schon sagen, für den einfachen Wähler ist es manchmal recht schwer, sich zurechtzufinden. Die gewohnten Gegensätze zwischen denen, die an der Macht sind, und denen, die in der Opposition stehen, werden dadurch noch komplizierter, daß die Lage im Land sehr verwickelt, uneinheitlich und wandelbar ist.

Will man einige Merkmale der Wahlschlacht aussondern, so nimmt man am besten die folgenden.

Betrachten wir einmal das Ver-

Frankreich: W

hältnis zwischen den außen- und den innerpolitischen Fragen in den Wahlmanifesten der Parteien. Anders als in früheren Jahren nehmen die weltpolitischen Probleme unverkennbar einen untergeordneten Platz ein. Das liegt anscheinend daran, daß der heutige außenpolitische Kurs Frankreichs in vieler Hinsicht zu einer Auflockerung in Europa beiträgt. Deshalb ist die Kritik an der Außenpolitik des Regimes von seiten der linken Opposition heute nicht so scharf wie früher und zielt darauf ab, eine gewisse Inkonsistenz, die dieser Politik in manchen Fragen anhaftet, zu beseitigen und all das zu verstärken, was im nationalen Interesse Frankreichs liegt. Die Kritik von rechts dagegen besteht aus Aufrufen der reaktionären Gruppen zu einer „atlantischen“ Außenpolitik Frankreichs, und diese Aufrufe stehen in derart krasssem Widerspruch zum Geist der Zeit und zur politischen Realität, daß sie schwerlich ernst genommen werden können.

Wie dem auch sei, stehen in den Wahldiskussionen die innerpolitischen Probleme im Vordergrund. Aber auch da hat der Wahlkampf jetzt seine Besonderheiten. Das pikanteste ist wohl, daß die politischen Rivalen zwar den Tagesfragen einen gebührenden Platz einräumen, dieses Mal aber besonders viel von der Zukunft, von weitgesteckten Perspektiven des Landes sprechen.

Ein Sprecher der Regierungspartei, Alexandre Sanguinetti, hat ein Hauptthema des Wahlkampfes wie folgt umrissen:

„Unsere Rolle besteht darin, Frankreich darauf vorzubereiten, daß es in guter Verfassung ins 21. Jahrhundert treten kann, das zweifellos schon 1930 beginnen wird.“

Valéry Giscard d'Estaing, der Führer der der Mehrheit nahestehenden, aber eigene Ansprüche stellenden Partei der Unabhängigen Republikaner, hat erklärt, bei seiner Vorbereitung auf die Wahlen denke er mehr an die Zukunft, für die er seine weitreichenden Pläne habe.

Über die Zukunft spricht auch die Rechtsopposition. Jean Lecanuet,

der Führer des Demokratischen Zentrums, behauptet z. B., ihm gehe es vor allem um eine Zukunft, die seines Landes würdig sei.

Und auch die Linken sprechen von der Zukunft. François Mitterrand, der Vorsitzende der Föderation der demokratischen und sozialistischen Linken, sagte in einem Interview, das er der „Unità“ gab, außer den Wahlen hätten die Linksparteien auch ein „entfernteres Ziel, nämlich das, eine wirklich moderne Demokratie zu schaffen, mit der sich das Volk identifizieren könnte“.

Auf ihrem kürzlichen Parteitag hat die KP Frankreichs ihr Wahlprogramm angenommen, das ebenfalls der Zukunft zugewandt ist.

Man fragt sich unwillkürlich: Womit erklärt sich diese Ausrichtung der Wahlgefechte? Das kann man kurz nicht beantworten. Was die Regierungspartei betrifft, so liegt es offenbar an folgendem. Die Führer der UNR sind besorgt über die Kritik an der Regierung. Viele Aspekte der Innenpolitik werden kritisiert, besonders von der linken Opposition. Es handelt sich dabei um die Schere zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung, die in den letzten Jahren schneller als vorher war, und dem Lebensstandard der Werktätigen, dem Steigen der Steuern und der drohenden Arbeitslosigkeit in einigen Landesgebieten. Weiter handelt es sich um Mißstände im Unterrichtswesen und um die Wohnungsfrage. Und schließlich um die Demokratie, um die Notwendigkeit, den einfachen Staatsbürgern Frankreichs mehr Rechte einzuräumen und sie bei der Bestimmung der Landespolitik mitreden zu lassen. Man versteht, daß alle diese Dinge für die Regierungspartei recht unvorteilhaft sind. So wendet sie sich denn dem „21. Jahrhundert“ zu.

Aber noch anderes fällt ins Gewicht. Das Hauptziel der Wahlstrategie der UNR besteht jetzt darin, in der Nationalversammlung die Mehrheit zu behalten. Nach der Presse zu urteilen, herrscht bei der UNR keine Einigkeit darüber, wie das zu erreichen wäre. Diese Meinungsverschiedenheiten scheinen in

Wahlsorgen

Boris WESNIN

gewissem Grade den Kampf widerzuspiegeln, den die UNR-Fraktionen miteinander um die Parlamentssitze austragen. Trotzdem bleibt das Hauptziel der Regierungspartei unverändert.

Der Rechtsopposition, vor allem Lecanuets Demokratischem Zentrum, liegt ebenso wenig wie der UNR daran, daß über die wichtigen Tagesfragen ausführlich diskutiert wird. Im Grunde genommen ist sie mit der Richtung der von der Regierung betriebenen Innenpolitik einverstanden. Hat Lecanuet irgendwelche Einwände, dann nur insofern, als Frankreichs Politik mehr nach rechts schwenken müßte. Diese Forderung entspricht dem proamerikanischen, antinationalen weltpolitischen Kurs, den das Demokratische Zentrum vertritt.

Die Betrachtungen der Rechtsopposition über eine „des Landes würdige Zukunft“ sind eigentlich nichts anderes als ein Versuch, mit demagogischen Schlagworten die reaktionären Pläne zu bemänteln, die eher der Vergangenheit zugewandt sind. Die Wahlstrategie der Rechtsopposition läuft auf den bei bürgerlichen Parteien üblichen Kampf um die Abgeordnetenmandate hinaus, ohne daß sie besondere Chancen hätte. Als ihren Hauptgegner sehen die Rechten wie gewöhnlich die Kommunisten an.

Was die Linksopposition betrifft, so hat sie ganz andere Beweggründe dafür, im Wahlkampf ein Programm auf weite Sicht aufzustellen. Sie besteht aus der KP Frankreichs, der Föderation der demokratischen und sozialistischen Linken und der Vereinigten Sozialistischen Partei. Die drei politischen Gruppierungen sind miteinander liiert: Im Dezember haben die Kommunisten und die Föderation der demokratischen und sozialistischen Linken ein Abkommen über Zusammenarbeit geschlossen, im Januar die Kommunisten und die Vereinigte Sozialistische Partei sowie diese und die Föderation. Zum erstenmal seit 20 Jahren treten die demokratischen Parteien Frankreichs in einem Bündnis auf, das in aller Form geschlossen worden ist.

Sein Hauptfaktor ist unstreitig die Kommunistische Partei. Erstens ist sie die größte Partei Frankreichs. Im Laufe von fünf Jahren (seit 1961) hat sie über 50 000 neue Mitglieder gewonnen. Voriges Jahr versandte das ZK an die Ortsgruppen 425 800 Mitgliedsbücher (vor zwei Jahren 420 000). Zweitens hat die Kommunistische Partei seit mehreren Jahren unter den Landesparteien auch im Hinblick auf ihren Einfluß unter den Massen den ersten Platz inne. Bei den vorigen Parlamentswahlen (1962) bekam sie 22 Prozent der Stimmen. Das Ergebnis hat sich bei den späteren Kantonal- und Gemeinderatswahlen bestätigt oder war sogar noch besser. Ein Drittel der größeren Städte (mit mehr als 30 000 Einwohnern) hat jetzt einen kommunistischen Magistrat.

Für die Kommunistische Partei stimmen Leute aus allen werktätigen Schichten. Die Zahl ihrer Anhänger nimmt weiter zu. Das französische Institut für Meinungsforschung hat das Ergebnis einer kürzlichen Umfrage veröffentlicht. Es besagt, daß 51 Prozent der Franzosen die Rolle, die die KP im Land seit dessen Befreiung von der Hitlerbesatzung gespielt hat, als günstig ansehen. Von den Befragten haben 40 Prozent geantwortet, daß sie es für nützlich hielten, wenn die Kommunisten an der Regierung teilnähmen.

Die wichtigsten Punkte im Wahlprogramm der Partei können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

Bei den Wahlvorbereitungen geht es ihr nicht darum, noch ein paar Sitze in der Nationalversammlung zu bekommen und dadurch ihre Position im Parlament zu verbessern. Natürlich spielt das auch eine Rolle, aber nicht die entscheidende. Die Partei hat ein klares politisches Programm, es richtet sich gegen die Allmacht der Monopole und entspricht den Interessen von Land und Volk. Ihr Streben geht dahin, zu erreichen, daß infolge der Wahlen die günstigsten Voraussetzungen für die Ausführung dieses Programms entstehen.

Das Programm der Kommunisten

enthält die Forderung nach einem wirklich demokratischen Regime, das auf einem Einvernehmen der demokratischen Parteien beruhen und von den Volksmassen tatkräftig unterstützt werden müßte.

Weiter sieht das Programm eine Förderung der Wirtschaft durch Verstaatlichung der Monopole vor, eine demokratische Leitung der staatlichen Betriebe, eine Abrüstung, eine demokratische Steuerreform und die Verwendung sämtlicher Ressourcen des Landes für die Ausführung eines demokratischen Entwicklungsplanes.

Das im Programm angegebene Ziel besteht darin, den Lebensstandard der Massen durch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter und eine Verkürzung der Arbeitszeit zu heben, ferner dadurch, daß die Arbeit der Bauern angemessen bezahlt wird, weiter durch eine demokratische Reform im Bildungs- und im Gesundheitswesen und durch eine Bereinigung der Wohnungsfrage.

Außenpolitisch will die Kommunistische Partei, daß Frankreich konsequent eine Politik des Friedens, der Solidarität mit den unterdrückten oder unlängst frei gewordenen Völkern, eine Politik der internationalen Zusammenarbeit, der kollektiven Sicherheit und der Abrüstung betreibt.

Das Besondere an diesem Programm ist, daß die aufgezählten Forderungen, die die heutigen Bedürfnisse und Probleme des arbeitenden französischen Volkes angehen, neben solchen einhergehen, die eine völlige Umgestaltung der Gesellschaft Frankreichs zu einer wirklich demokratischen Gesellschaft betreffen. Hierzu muß gesagt werden, daß die KP gerade in diesem Punkt mit der Föderation der demokratischen und sozialistischen Linken gewisse Differenzen hat.

Einerseits sagen auch die Führer der Föderation, besonders die der Sozialistischen Partei, daß es ihnen um eine gründliche Demokratisierung des Landes zu tun sei. Andererseits enthält ihr Programm — z. B. im Hinblick auf die Außenpolitik — Vorschläge, deren Ausführung Frankreich nicht voranbringen, sondern eher zurückzerren würde. Besorgnis erregen auch die von Zeit zu Zeit erscheinenden Mitteilungen, daß gewisse Führer der Föderation die Absicht haben sollen, sich mit dem reaktionären Demokratischen Zentrum Lecanuets zu einigen. Aller-

dings ist davon in letzter Zeit weniger die Rede. Man spricht aber doch noch davon.

Das alles hat sich auf die erwähnte Vereinbarung zwischen der KP und der Föderation ausgewirkt. Die Partner haben sich noch auf kein gemeinsames Regierungsprogramm für den Fall eines Wahlsieges einigen können. Dennoch ist die Vereinbarung von Dezember ein großer, greifbarer Erfolg der Linken. Sie kann sie bei den Wahlen vorwärtsbringen und schon in absehbarer Zeit eine gute Grundlage für eine ausgedehntere Zusammenarbeit im Kampf für Demokratie und Frieden abgeben.

Bekanntlich haben alle Parteien im ersten Wahlgang eigene Listen. Im zweiten werden je nach dem Ergebnis des ersten Wahlblocks gebildet. Die Kommunistische Partei hat vor, schon im ersten Wahlgang (am 5. März) energisch aufzutreten, um zu zeigen, daß sie stark und gewachsen ist und daß sich ihre Positionen gefestigt haben. Das wird für den zweiten Wahlgang und für alles Weitere von entscheidender Bedeutung sein.

Im zweiten Wahlgang werden die Kommunisten in jedem Wahlkreis so verfahren, daß linke Kandidaten, die die meisten Chancen haben, durchkommen. Die Kommunistische Partei betont ganz entschieden, daß es für sie überhaupt nicht in Frage kommt, Vertreter der Rechtsopposition, beispielsweise Kandidaten des Demokratischen Zentrums, zu unterstützen. Sollten die Blockpartner der Kommunisten plötzlich ihr Wort brechen und in einem oder dem anderen Departement einen Kandidaten der Rechten unterstützen, so werden die Kommunisten, wie Waldeck Rochet am 7. Februar auf einer Pressekonferenz erklärt hat, dennoch gegen diesen Kandidaten stimmen. Für die Kommunisten handelt es sich nur darum, einem erneuerten, demokratischen Frankreich näherzukommen. Ein Zurück zu dem endlosen Regierungswechsel der „Vierten Republik“, der ein Nährboden für beliebige Abenteuer sein könnte, kommt nicht in Frage.

Moskau —

Colombo

Boris R JABOW

Zehn Jahre ist es her, seitdem am 19. Februar 1957 die Regierungen der Sowjetunion und Ceylons vereinbarten, in diplomatische Beziehungen zu treten und Botschaften auszutauschen. Damals wußten wir noch sehr wenig von dem uralten Land Lanka, es war isoliert. Sir John Kotelawala, der Anfang der 50er Jahre in Ceylon Ministerpräsident war und eine westlich orientierte Politik verfocht, wollte nicht einmal sowjetische Astronomen zur Beobachtung der damaligen Sonnenfinsternis ins Land lassen. So sorgfältig wurde die Insel vor jedem Kontakt mit den sozialistischen Ländern bewahrt.

Die Mauer der Isolierung brach aber ein: Kurz nach dem Machtantritt der patriotischen Regierung Solomon Bandaranaike öffneten Ceylon und die Sowjetunion einander die Tür. Es wurden die nötigen Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit und Verständigung geschaffen. Als sowjetischer Korrespondent gehörte ich zu den „Entdeckern“ dieses fernen Landes. Zunächst einmal traf ich bei meiner Ankunft in Colombo ziemlich viele junge Ceylonesen, die gerade von den VI. Weltfestspielen der Jugend und Studenten aus Moskau heimgekehrt waren. Sie sprachen mit viel Wärme über das Sowjetvolk, seine Gastfreundschaft und ihren Wunsch, mit ihm Freundschaft zu halten. So machte ich meine ersten Bekanntschaften.

In den zehn Jahren hat sich das Verhältnis zwischen den beiden Staaten gut entwickelt. Auf der Grundlage der diplomatischen Beziehungen kam eine wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit und ein für beide Teile gewinnbringender Handel zustande, der sich immer mehr ausdehnt.

Als die ersten Abkommen über die geschäftliche Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten geschlossen wurden, machte die bürgerliche Presse Ceylons allerlei Flausen, die darauf hinausliefen, daß Ceylon „den Kommunisten auf den Leim gegangen“ sei und daß ihm die Abkom-

men nur schaden könnten. Gewiß, manche nahmen das für bare Münze, um so mehr, als auf der Insel ziemlich viele reaktionäre Zeitungen erschienen. Mit der Zeit aber wurden diese von der Praxis der Lüge überführt.

Demnächst werden auf Ceylon die beiden größten Betriebe des staatlichen Sektors — ein Hüttenbetrieb und eine Autoreifenfabrik — angelassen. Beide sind mit Hilfe der Sowjetunion gebaut worden. Dank dem Hüttenwerk wird Ceylon die wichtigsten Walzgutarten nicht mehr einführen brauchen. Das Reifenwerk wird den Bedarf des Landes restlos decken und nur einheimischen Naturkautschuk verarbeiten.

Die Sowjetunion hilft bei Colombo eine Großmühle und einen Getreidesilo bauen, die den Mehlbedarf der Landesbevölkerung zu 25 Prozent decken werden. Mit Unterstützung unserer Fachkräfte sind auf Ceylon große Dschungelflächen für den Anbau von Zuckerrohr und Baumwolle freigelegt worden. Ebenso ist mit dem Beistand der Sowjetunion ein großer Obst- und Gemüsespeicher entstanden.

Vor mehr als drei Jahren hob die Regierung, der damals Frau Sirimavo Bandaranaike vorstand, das Monopol englischer und amerikanischer Erdölgesellschaften auf die Einfuhr und den Verkauf von Ölprodukten in Ceylon auf. Daraufhin versuchten die westlichen Magnaten, eine Ölsperre über Ceylon zu verhängen. Die Sowjetunion half, diese Sperre zu sprengen. Aus den Schwarzmeerräumen gehen jetzt regelmäßig sowjetische Ölprodukte nach Ceylon ab. Über sie verfügt der dortige Ölkonzern, der dem Staat jedes Jahr 20 Millionen Rupien Gewinn abwirft.

Zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit kommt ein Kulturaustausch der beiden Länder. Ich weiß noch, wie ungeduldig die Öffentlichkeit Ceylons der ersten Truppe sowjetischer Künstler entgegenschau. In Colombo konnten die größten Kon-

zertsäle gar nicht alle fassen, die hinein wollten. Deshalb fanden die Darbietungen oft im Freien statt. Manchmal setzte ein Tropenregen ein, aber die Zuschauer blieben auf ihren Plätzen. Heute sind Kulturschaffende aus der Sowjetunion in Ceylon oft zu Gast, aber das Interesse für unsere Kunst ist noch genau so rege.

Auch das Sowjetvolk interessiert sich sehr für die urwüchsige Kultur Ceylons. Gemäldeausstellungen, Vor-

tragskünstler und ins Russische übersetzte Bücher ceylonesischer Schriftsteller haben in der Sowjetunion Erfolg.

Das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Ceylon beruht auf den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz, der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung und der Nichteinmischung in die Angelegenheiten des anderen. Zu lebenswichtigen Fragen wie einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung, wie

dem Kampf um die Ausmerzung des Kolonialismus und einer friedlichen Beilegung von Streitigkeiten vertreten beide Staaten einen ähnlichen oder gar denselben Standpunkt.

Das Freundschaftsverhältnis zwischen der Sowjetunion und Ceylon, wie es sich in den letzten zehn Jahren gestaltet hat, ist ein anschauliches Beispiel für eine auf dem guten Willen der beteiligten Länder beruhende ersprießliche Zusammenarbeit.

SIE VERPESTEN DEN ÄTHER

Tagtäglich strahlen die chinesischen Sender ihre Programme aus. Sie beginnen mit einem schmetternden Lied, das die Staatshymne ersetzen soll und Mao Tse-tung glorifiziert, worauf sein Name schier endlos wiederholt wird.

Einst waren die Sendungen aus Peking bei uns beliebt. Wir erfuhren aus ihnen von den Arbeitserfolgen des chinesischen Volkes, seinen Leistungen im Kampf um den Aufbau des Sozialismus. Wir glaubten den chinesischen Führern, wenn sie sagten, sie seien bestrebt, die Freundschaft mit der Sowjetunion zu festigen.

Heute verpestet Radio Peking den Äther mit Verleumdungen und Schimpftiraden, mit idiotischen Erfindungen über das Leben und die Stimmungen unseres Volkes und häufig einfach mit unflätigem Geschimpf, mit dem man naiverweise Staat machen will. Die chinesischen Führer haben wohl kein wirksameres Mittel zur Selbstentlarvung als diese Rundfunksendungen.

W. Sekerin
Stellvertretender Chefredakteur
der Zeitung „Baikalskije ogni“,
Kabansk, Burjatische ASSR

MAKLER DER AGGRESSION

Aus allen Teilen der Erde erschallt immer energischer die Forderung, dem verbrecherischen Krieg der USA in Vietnam Einhalt zu gebieten. Vor kurzem hörten wir in der Bundesrepublik eine kaltschnäuzige Stimme: Die USA verdienen Begeisterung und Dankbarkeit wegen ihrer Haltung in Vietnam. Diese Erklärung gab der Bundestagsvorsitzende Gerstenmaier ab. Das war nicht die erste antikommunistische

Ausfälligkeit, die wir vom Herrn Gerstenmaier vernahmen. Diese war aber besonders zynisch, denn sie sucht Verbrechen wie die Bombenüberfälle auf friedliche Städte und Dörfer eines friedliebenden Volkes zu rechtfertigen.

Leider hat Gerstenmaier nicht nur seine persönliche Meinung, sondern den Kurs der Außenpolitik Bonns zum Ausdruck gebracht. Bekanntlich mangelte es beim Machtantritt der neuen Regierung nicht an Versicherungen, Bonn werde sich auf „Erhaltung und Festigung des Friedens“ orientieren. Der Vorsitzende unseres Bundestages hat unzweideutig erläutert, wie man in Bonn diese „Friedenspolitik“ auffaßt.

Gerd Wedemeyer
Wiesbaden, BRD

UNVERGESSEN

Bin Rentner und früherer Arbeiter, Teilnehmer des Großen Vaterländischen Krieges und habe mit eigenen Augen unsere zerstörten Städte und Dörfer, die Schrecken des Krieges gesehen. Wir Menschen der Sowjetunion haben nichts vergessen. Eben deshalb sind wir besorgt über die Nachrichten aus der Bundesrepublik, wo Kräfte der Reaktion und des Militarismus wieder ihr Haupt erheben und die Regierung nazifreundlichen Politikastern alle Chancen bietet.

Wir begrüßen die Erklärung der Sowjetregierung über die Lage in Westdeutschland. Wir betrachten diese Erklärung als eine wichtige Initiative im Kampf für Frieden und europäische Sicherheit. Unser Volk braucht keinen Krieg, wir wollen mit allen Völkern in Frieden und Eintracht leben.

B. M. Bogatow
Kuibyschew, UdSSR

Leserbriefe

VERRAT AM MARXISMUS

Die Organisatoren der „Kulturrevolution“ in Peking schwören auf den Marxismus-Leninismus und werfen mit Worten wie Revolution, Klassenkampf, Kommunismus und Sozialismus nur so um sich. Wer wüßte aber nicht, daß all das nur eins bezweckt: die Volksmassen zu betrügen, sie glauben zu machen, daß in China eine „proletarische Revolution“ vor sich gehe. In Wirklichkeit aber diskreditieren die Vorgänge in China die Ideen des Sozialismus. Die Peking-Führer, die in alle Welt hinausposaunen, wie sehr sie an den Ideen des Marxismus-Leninismus hängen, verraten in Wirklichkeit diese Ideen und stürzen das chinesische Volk ins Unglück.

Wir sowjetischen Arbeiter sind überzeugt, daß das chinesische Volk die Kraft aufbringen wird, erneut den Weg des Aufbaus des Sozialismus einzuschlagen.

A. Chanshin
Arbeiter,
Siedlung Galeschnik, Gebiet Perm

* * *

Für mich wie für viele meiner Freunde sind die sowjetischen Zeitschriften und Rundfunksendungen eine wichtige Quelle objektiver Informationen. Mit großem Interesse habe ich in Ihrer Zeitschrift den Beitrag „Freiheit der Persönlichkeit“ von Bernard Bychowski gelesen. Ihre Reiseberichte und -notizen vermitteln Kenntnisse über Land und Leute in der ganzen Welt. Ihre Berichte über die Geschehnisse in Vietnam sind für uns nahezu die einzige Möglichkeit, die Wahrheit darüber zu erfahren, was dort vorgeht.

H. W. Ray
Kent, England

Vor 19 Jahren, am 18. Februar 1918, schlossen die Sowjetunion und Ungarn einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe. Damals schritt im Nachkriegseuropa eine große Gruppe von Ländern zum sozialistischen Aufbau. Ihre Völker waren bemüht, Garantien für ihre Sicherheit zu schaffen, ihre Position in der Weltpolitik zu untermauern und zur Sowjetunion, auf deren Hilfe sie bauen konnten, in ein völlig neuartiges Verhältnis zu treten.

Eine wichtige Rolle bei der Erfüllung dieser Aufgaben haben die Verträge der europäischen Volksdemokratien mit der Sowjetunion gespielt, darunter auch der sowjetisch-ungarische Vertrag, der für beide Länder große politische Bedeutung hat.

In den fast zwei Jahrzehnten seit seinem Abschluß hat er die Probe der Zeit bestanden und gezeigt, daß sich die Beziehungen der beiden Staaten erfolgreich im Interesse des sowjetischen wie des ungarischen Volkes entwickeln. Die Parteien der beiden Länder eint nicht nur ihr gemeinsames Ziel — der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus —, sondern auch ihr gemeinsamer Standpunkt zu den wichtigsten Gegenwartsproblemen.

Gute Fortschritte macht die sowjetisch-ungarische Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet der Kultur. Ein anschauliches Beispiel dafür ist die gemeinsame Herstellung eines neuen ungarischen Films über die revolutionäre Bruderschaft der beiden Völker, über die ungarischen Internationalisten, die zusammen mit dem Sowjetvolk das in der Oktoberrevolution Errungene verteidigten.

Der Film soll „Sterne und Soldaten“ heißen, er wird von dem bekannten Regisseur Miklós Jancsó gedreht.

Den Regisseur lernte ich im vergangenen Herbst in Budapest kennen, hatte aber schon früher von ihm gehört. Er ist 45 Jahre alt. Anfangs drehte er Kurzfilme. Im Jahre 1953 kam sein erster abendfüllender Streifen, „Die Glocken wanderten nach Rom“, heraus. Er handelte von Geschehnissen aus dem Kampf der ungarischen Patrioten gegen den Faschismus im letzten Stadium des zweiten Weltkriegs.

Viel Erfolg hatte Jancsós Film „So kam ich“. Er ist eine lyrische

Filmerzählung von Liebe und Treue, vom Heimatland und vom Patriotismus. In der Sowjetunion lief er 1965.

Im selben Jahr drehte Jancsó sehr schnell, in nur 25 Tagen, seine „Hoffnungslosen“, einen historischen und zugleich psychologischen Film, in dem wahrheitsgetreu die Vergangenheit Ungarns geschildert wird. Im vorigen Sommer wurde ihm bei Landesfestspielen in Pécs der erste Preis zuerkannt, und jetzt läuft der Film bei ausverkauften Häusern in Paris, London und New York. Auch bei uns wird er bald aufgeführt werden.

Jancsó beschäftigt schon lange das Thema der Revolution und des Bürgerkriegs in Rußland sowie die Beteiligung von Ungarn an diesen Ereignissen. Er sagte mir, daß er viel darüber nachdenkt und liest, besonders Babel, den er Hemingway an die Seite stellt. Er dachte sogar daran, nach Babels Novelle „Der Brief“ einen Film zu drehen.

„Babels Schilderungen vom Bürgerkrieg sind mir wesensverwandt“, sagte Jancsó, „seine dramatische Erzählweise, mit der er die gespannte Atmosphäre der ersten Revolutionsjahre, den explosiven Ausbruch der erwachten Energie der Massen und den Zusammenprall der einander ablösenden Welten wiedergibt. Mir imponieren die Helden aus Babels ‚Reiterarmee‘. Die schlichten, unerschrockenen und treuerherzigen Menschen haben, wie Maxim Gorki treffend sagte, die Größe ihres Kampfes tief empfunden“. Solche Gestalten möchte ich in dem Film ‚Sterne und Soldaten‘ auf die Bildwand bringen. Den Titel habe ich dem alten Revolutionslied ‚Brüder, zur Sonne, zur Freiheit‘ entlehnt, in dessen ungarischer Fassung es heißt: ‚Steht auf, Rotgardisten und Proleten, Sternenträger und Soldaten!‘ Das Lied haben die ungarischen Internationalisten sehr geliebt.“

ZUR KULTURELLEN ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER SOWJETUNION UND UNGARN

Sinowi MIRSKI

Ausführlicher erzählte mir Jancsó von der Idee zu seinem Film, als wir uns vor kurzem in Moskau trafen, wo er war, um das Drehbuch fertigzustellen und Fragen zu klären, die mit der Auswahl der Darsteller und den bevorstehenden Dreharbeiten zusammenhängen.

„Der in der Geschichte einmalige Elan und Umfang der Revolution — das ist der Kern meines Films“, sagte er. „Die Oktoberrevolution und der Bürgerkrieg erfaßten ganz Rußland. Ich finde, dieser ungewöhnliche Umfang ungewöhnlicher Ereignisse ist schwer wiederzugeben, wenn man sich auf eine bestimmte Gegend — die Ukraine oder Sibirien — und auf bestimmte Personen konzentriert. Mein Film wird nicht so ‚bestimmt‘ sein. Beispielsweise wird er keinen einzelnen Helden haben. Jeder Beteiligte ist der Held, und jede Szene ist die wichtigste. Wenn ich vom Umfang spreche, so meine ich damit nicht nur die Völker Rußlands. In Ihrem Land waren damals Zehntausende von Ungarn als Kriegsgefangene. Sie konnten sich nicht abseits halten und mußten sich auch entscheiden. Artjom Wessjolys Buch ‚Rußland, von Blut überströmt‘ hat folgendes Motto: ‚Die Revolution in Rußland — ein Land im Blute, ein Land in Flammen.‘ Meiner Ansicht nach gibt das die Situation sehr genau wieder.“

Niemand konnte sich drücken, niemand konnte dem Krieg und der Revolution ausweichen. Auch die Ungarn, die damaligen Kriegsgefangenen, konnten es nicht. Und sie trafen ihre Wahl. Die meisten von ihnen kämpften, starben und siegten unter den Fahnen der Oktoberrevolution. Ich möchte mit meinem Film sagen, daß der Tod für eine große Idee doch der Tod ist, aber einer, den es zu sterben lohnt.“

Jancsó's Absicht, den Bürgerkrieg so zu zeigen, wird vom Mitverfasser des Drehbuchs, von dem sowjetischen Dramatiker Georgi Mdiwani, geteilt.

Mdiwani hat mit diesem Thema schon Erfahrung. Nach einem Drehbuch von ihm wurde 1963 der Streifen „Ein weiter Weg“ gedreht, dessen Helden der tschechische Schriftsteller und Internationalist Jaroslav Hašek und sein Bursche, das Vorbild zu seinem berühmten Schwejk, waren.

„Die Idee Jancsó's hat mir zugesagt“, erzählte Mdiwani, „wenn es auch sehr schwer ist, einen neuen Film über den Bürgerkrieg zu machen – es gibt ja schon viele und gute. Jancsó ist aber ein großer Meister und Realist, und ich glaube, er wird zum Revolutionsthema etwas Neues aussagen können. Im Drehbuch haben wir unter den Titel noch einen Untertitel gesetzt: ‚Die Internationalisten‘. Wir geben uns Mühe, die damaligen Ereignisse so gründlich wie nur möglich zu schildern und von der revolutionären Bruderschaft zweier Völker, von der Treue der ungarischen Internationalisten zur Sache Lenins, zur Oktoberrevolution zu erzählen.“

Wahrscheinlich wird der Film folgendermaßen anfangen: Auf der Bildwand werden Fotos aufscheinen, genauer gesagt, lebende Bilder nach Fotos, und der Zuschauer wird manche der Abgebildeten später als Filmhelden wiedererkennen. Auf einem sind ungarische Soldaten zu sehen, die russische Rotgardisten umarmen. Auf einem anderen Soldaten mit einer Fahne, auf der russisch und ungarisch steht: „Alle Macht den Sowjets!“

Dazu die Ansage:

„Diese Leute lebten vor 50 Jahren. Vor einem halben Jahrhundert. Damals tobte in Rußland ein erbitterter Bürgerkrieg. Damals waren diese Jungen 20, 25 Jahre alt. Aber auch ‚Alte‘ waren mit dabei, die waren schon 30, 35. Nein, sie haben nicht in fremdem Land Krieg gespielt. Das war kein Spiel. Es war ein wirklicher, grausamer Krieg. Sie haben dem Tod ins Auge gesehen und bis zum letzten Blutstropfen gekämpft: für das Leben und für das Glück.“

Sie haben fern von der Heimat gekämpft... Und nicht für Geld, nicht für ein stolzes Roß, nicht für eine goldene Waffe, nicht für eine schöne Uniform. Sie waren zerlumpt, hungrig, erkältet, unausgeschlafen

und konnten nicht an Liebe denken. Sie wußten nicht, was dort, zu Haus, im fernen Ungarn, geschieht, wer ihre Liebsten küßt, wie es ihren Eltern geht... Aber sie haben selbstverleugnend gekämpft, haben Tausende Kilometer von ihrem Heimatland entfernt die Feinde schonungslos geschlagen.

Wie viele Bräute blieben unvermählt, wie viele junge ungarische Helden fielen auf den Schlachtfeldern im fernen Rußland, wie viele sind nicht heimgekehrt! Manche sind aber doch zurückgekommen, und sie haben nicht vergessen. So sind sie heute, nach 50 Jahren: alt, aber stolz. Sie sind als Lebende in die Legende eingegangen.“

Jancsó erzählte mir, daß außer bekannten ungarischen Schauspielern wie András Kozák, Zoltán Latinovics, Tibor Molnár und anderen auch sowjetische Schauspieler in dem Film mitwirken werden. Eine Rolle ist dem Lenin-Preis-Träger Sergo Sakariadse angeboten worden. Der Film soll größtenteils in der Sowjetunion, u. zw. an der Wolga, in der Nähe von Kostroma, gedreht werden.

„Wir fangen im April oder Mai an“, sagte Jancsó, „und wenn es gut geht, möchten wir im August fertig werden, so daß der Film zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution herauskommt.“

Konflikt in der amerikanischen Gewerkschaftsführung

Die Gegensätze in der Gewerkschaftsbewegung der USA spitzen sich zu. Bei den leitenden Stellen des Gewerkschaftsbundes AFL/CIO ist eine Spaltung eingetreten. Walter Reuther, der Vorsitzende der größten zum AFL/CIO gehörenden Organisation – des Einheitsverbandes Automobil- und Flugzeugindustrie, hat erklärt, er lege den Posten des Vizevorsitzenden im Gewerkschaftsbund nieder und trete aus dessen Exekutivrat aus.

Das einzige, was Reuther noch immer mit der AFL/CIO-Spitze verbindet, ist die Tatsache, daß er den Vorsitz einer Industrieabteilung des AFL/CIO behalten hat, die 60 Verbände mit 6 Millionen Mitgliedern erfaßt. Der Verband Automobil- und Flugzeugindustrie bleibt vorläufig im AFL/CIO, aber sein nächster Kongreß, der Ende April stattfindet, wird darüber diskutieren, ob er nicht austreten soll.

Der unverhohlene Bruch Reuthers mit der AFL/CIO-Leitung kam nicht überraschend. Reuther hat mit dem Bundesvorsitzenden, George Meany, schon lange Meinungsverschiedenheiten wegen außen- und innerpolitischer Fragen. Der Konflikt hat sich aber in den letzten Monaten besonders zugespitzt, weil Meany mit dem Washingtoner Kurs auf eine Eskala-

tion des Vietnamkrieges einverstanden ist.

Schon vorigen Sommer hat Reuther Meany's Standpunkt entschieden abgelehnt, insbesondere zum Verhältnis mit den Gewerkschaften der sozialistischen Länder. Später nannte Reuther die Erklärung, die die Augusttagung des AFL/CIO-Exekutivrats für den Aggressionskrieg in Vietnam abgab, „unzulässig, hysterisch, jingoistisch und der Gewerkschaften unwürdig“. Unmittelbar vor Neujahr veröffentlichte Reuther zusammen mit anderen Führern des Verbandes Automobilindustrie einen offenen Brief mit einer entschiedenen Ablehnung „der Politik, des Programms und der Tätigkeit“ Meany's und seines Anhangs auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet, im Hinblick auf den Kampf für Bürgerrechte usw.

Anfang Februar nannte Emil Mazey, der Schriftführer und Kassenswart dieses Verbandes, auf einer Regionalkonferenz der Gewerkschafter von Wisconsin die Außenpolitik der jetzigen AFL/CIO-Leitung ultrarechts und konservativ. Walter Reuthers Bruder Victor, der die auswärtige Abteilung des Verbandes leitet, warf Meany in einer Versammlung von 500 Gewerkschaftsführern der

Distrikts Detroit vor, sein Hauptziel sei der kalte Krieg gegen den Kommunismus und er folge damit der „unklugen Politik, die die amerikanische Gewerkschaftsbewegung immer mehr isoliert“.

Während Meany und sein Anhang der amerikanischen Aggression in Vietnam unbedingt zustimmen, fordern die Massen der Gewerkschafter immer nachdrücklicher, daß in Südostasien der Frieden wiederhergestellt wird. Nach dem Beispiel der Gewerkschaftsorganisationen aus den Staaten New York und New Jersey haben auch die Gewerkschaften von Los Angeles das Vorgehen der USA in Vietnam verurteilt und eine Sektion des Landeskomitees zum Kampf für eine vernünftige Kernpolitik gegründet. Dieses ist jetzt auf den Kampf dafür eingestellt, daß die USA ihrer Aggression gegen das vietnamesische Volk ein Ende machen.

Die „New York Times“ schreibt in einem Kommentar zur Krise in den amerikanischen Gewerkschaften, sie habe ihren Kulminationspunkt erreicht. In der Tat kann Walter Reuthers Rücktritt von seinen Posten im AFL/CIO schwerwiegende Folgen haben. Nach Ansicht der Associated Press steht der Verband Automobil- und Flugzeugindustrie, der 1,4 Millionen Mitglieder hat, ganz nahe vor seinem „endgültigen Austritt“ aus dem AFL/CIO.

Georgi Kusnezow

In der „freien Welt“



„Sieh mal, er benutzt hier, auf der Arbeit, dieselbe Stoppuhr wie beim Rennen!“

F. Wright, „U. E. News“ (USA)

ZEITGESCHEHEN • ZEITGESCHEHEN •

Genf: Vor einer neuen Runde

Valeri LUKJANOW

Am 21. Februar hat im Genfer Palais des Nations nach fast sechsmonatiger Unterbrechung der Abrüstungsausschuß der 13 Staaten seine Arbeit wieder aufgenommen. Zum 287. Male tritt er nun wieder zusammen. Zur Sprache kommt ein Vertrag, der die Weitergabe der Kernwaffen und der einschlägigen wissenschaftlichen und technischen Informationen an ein beliebiges Land verbietet, das keine Atomwaffen besitzt. Dem Komitee liegen zur Erörterung auch andere Fragen vor, namentlich die Auflösung der ausländischen Stützpunkte und die Evakuierung der fremden Truppen vom Territorium anderer Länder, die Einstellung der unterirdischen Kernwaffenversuche und die Schaffung kernwaffenfreier Zonen.

Die Frage, ob der Kreis der Staaten, die die verheerendsten Waffen unserer Zeit besitzen, eingengt wird oder ob diese Waffen sich in vielen Händen befinden werden, gehört zu den Zentralproblemen der weltpolitischen Beziehungen. Die verhängnisvollen Folgen einer totalen nuklearen Aufrüstung sind jedermann klar. Es liegen die Gutachten maßgeblicher Atomphysiker, Raketenbauer und Militärs vor. In Hunderten Büchern wird nachgewiesen, daß ein Hineinschlittern der Menschheit in einen thermonuklearen Krieg durchaus möglich ist. Dafür ist sogar ein Begriff geprägt worden: Eskalation eines Weltkonflikts durch Verkettung von Umständen. Die Gefahr einer solchen Eskalation wächst unermesslich, falls nicht fünf, sondern Dutzende Staaten über Atombomben verfügen sollten.

Viele westliche Wissenschaftler und Politiker versuchen auszurechnen, wie viele Länder schon jetzt in den Besitz der Atombombe gelangen könnten. Von den wissenschaftlichen und technischen Potenzen sowie von den Rohstoffvorräten ausgehend, variiert man ihre Zahl zwischen elf und fünfzehn.

Listenführer ist Westdeutschland.

Dort ist ein umfassendes Programm zur Schaffung eines eigenen Kernpotentials entfaltet worden. In der Bundesrepublik sind 34 Atomreaktoren in Betrieb bzw. im Bau. Nach Schätzungen des britischen Instituts für strategische Forschungen werden bis 1970 in der Bundesrepublik die Produktionskapazitäten bei Plutonium, der Hauptkomponente der Kernwaffen, einen Stand erreichen, der für die Herstellung von fast 200 Atombomben im Jahr genügt.

Vor kurzem wurde in Paris beschlossen, eine Gruppe für nukleare Planung der NATO zu gründen, der die USA, Westdeutschland, England, Kanada, Italien, die Niederlande und die Türkei angehören. Die Londoner Wochenschrift „Tribune“ vermerkte mit Recht, daß mit der Gründung dieser Gruppe „die NATO-Länder im Grunde die unglaublichen Schwierigkeiten nur vermehrt haben, die dem Fortschritt zu einem so notwendigen Abkommen über die Nichtverbreitung der Kernwaffen im Wege stehen“.

Die westdeutsche Regierung tritt schon jetzt auf das energischste als eine Hauptkraft auf, die sich gegen einen Vertrag über die Nichtweitergabe stemmt. Bundesverteidigungsminister Schröder z. B. verlangte vor kurzem die Beibehaltung der berüchtigten Politik der „nuklearen Abschreckung“ und „konventionelle und nukleare Bewaffnung für die Bündnisstreitkräfte“.

Die Haltung Bonns wird von Washington unterstützt. Dazu UPI: „Die USA werden keinen Formulierungen zustimmen, die die Möglichkeit der Aufstellung vereinigter europäischer Kernstreitkräfte verhindern könnten.“ Wie die Stuttgarter Zeitung berichtet, hat USA-Verteidigungsminister McNamara im Gespräch mit MdB Kiep den Passus aus dem UPI-Bericht fast wörtlich wiederholt. McNamara hatte die Gerüchte von einer „Entatomisierung“ der bundes-

republikanischen Luftwaffe entschieden widerlegt, die über 700 Starfighter und zwei Geschwader operativ-taktischer Raketen Pershing verfügt. Beide sind Kernkopffräger.

Am 11. Februar schloß Außenminister Brandt seine Verhandlungen mit führenden Staatsmännern der USA über Fragen im Zusammenhang mit einem Atomsperrvertrag. In ihren Kommentaren gibt die Westpresse zu, daß Bonn auf seiner „starren Haltung“ verharrt und weiterhin auf allerlei Bedingungen besteht, die die Weiterentwicklung eigener Kernforschungen und den Zutritt der Bundeswehr zu Kernwaffen, darunter auch zu „europäischen Kernstreitkräften“, ermöglichen sollen.

Diese Manöver der Bundesrepublik und ihrer Verbündeten schwimmen jedoch „gegen den Strom“. Die Weltöffentlichkeit verlangt entschiedene Maßnahmen zur Einschränkung der Zahl der Kernmächte. Vor mehr als drei Monaten befürwortete der Erste Ausschuß der Vollversammlung die Initiative der Sowjetunion, einen „Verzicht der Staaten auf die einen Vertrag über Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen erschwerenden Handlungen“ zur Debatte zu stellen. 44 Staaten äußerten ihren Wunsch, Mitverfasser des sowjetischen Resolutionsentwurfs zu werden. Der Umstand, daß sogar der amerikanische UNO-Delegierte sich dem sowjetischen Antrag prompt anschloß, ist vielsagend. Heutzutage ist es bereits unmöglich, sich offen gegen eine Lösung der Frage der Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen zu sperren. Die Delegierten der 21. Vollversammlung nahmen mit 110 Stimmen gegen eine (Albanien) die Resolution mit der Aufforderung an, „alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um sobald wie möglich den Abschluß eines Vertrags über die Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen zu erleichtern und zu erreichen“.

Ende Januar 1967 wurde ein internationaler Vertrag über die Grundsätze der Tätigkeit der Staaten zur Erforschung und Nutzung des Welt- raums unterzeichnet. Der Vertrag hat ein weiteres Mal gezeigt, daß trotz der scharfen Gegensätze zwischen den Staaten mit unterschiedlichem sozialem System diese in Fragen vom gemeinsamen Interesse übereinkommen können. Zu solchen

Fragen gehört zweifellos auch das Problem der Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen.

Selbstverständlich kann ein Atomsperrvertrag nicht alle Probleme lösen, er würde jedoch die sukzessive Lösung anderer brennender Fragen der Menschheit ermöglichen: der

Einschränkung des Wettrüstens, der Schaffung kernwaffenfreier Zonen in einigen Weltgebieten und sodann auch eines völligen Verbots der Kernwaffen und einer Vernichtung aller ihrer Vorräte, kurz, ein solcher Vertrag wäre ein wichtiger Schritt zu weltpolitischer Entspannung.

Arabischer Osten: Treffen in Kairo

Michail KREMNJOW

Der Präsident des Irak, Abdul Rahman Aref, beendete am 7. Februar seinen fünftägigen Besuch in der Vereinigten Arabischen Republik, wo er mit Präsident Nasser über innen- und außenpolitische Fragen verhandelte, darunter auch über die Möglichkeiten einer Festigung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Staaten. Auch der Konflikt zwischen der syrischen Regierung und der Iraq Petroleum Co. kam zur Sprache.

Die Kairo-Reise Arefs ist mehr als ein üblicher offizieller Besuch, nicht nur, weil das sein erster Besuch in der VAR war, nachdem er im vorigen Jahr Staatspräsident wurde. Es handelt sich um eine Annäherung der beiden arabischen Staaten, deren Beziehungen früher zu wünschen übrigließen. Andererseits ist diese Annäherung Teil eines gesetzmäßigen Prozesses, der Abgrenzung der Kräfte im arabischen Osten, der Festigung des Bündnisses zwischen den Staaten, in denen revolutionär-demokratische Kräfte an der Macht sind. Im gemeinsamen Kommuniqué vom 7. Februar nach dem Besuch Arefs in der VAR heißt es, daß vor allem die Festigung der revolutionären Kräfte der arabischen Welt eine Gewähr gegen Verschwörungen der arabischen Reaktion und des ausländischen Imperialismus biete.

Die Signature des Kommuniqués erklären sich mit der nationalen Freiheitsbewegung im arabischen Osten, namentlich in Südarabien und am Persischen Golf, durchaus solidarisch. Sie äußerten ihre Genugtuung über den Fortschritt in den Beziehungen zwischen der VAR

und dem Irak auf allen Gebieten, was „den Interessen der beiden Völker entspricht“, wie es im Kommuniqué heißt. Die beiden Präsidenten haben erklärt, daß sie das Verhalten der syrischen Regierung zur Iraq Petroleum Co. unterstützen, die auf die legitime Forderung Syriens nach fairen Konzessionsgebühren bei der Benutzung syrischen Gebiets für die Pipeline hin, deren Betrieb und die Erdölgewinnung im Irak schlankweg eingestellt hat.

Damit ist den von gewissen westlichen Presseorganen verbreiteten Gerüchten über Spannungen zwischen Syrien und dem Irak ein Riegel vorgeschoben worden, dessen Wirtschaft natürlich von den Konzessionszahlungen für das dort gewonnene Erdöl stark abhängt.

Die Festigung und Erweiterung der Kontakte zwischen den revolutionär-demokratischen arabischen Führern zeugt davon, daß sich im Nahen Osten ein Kern der fortschrittlichen arabischen Welt mit der VAR als Mittelpunkt konsolidiert. Aber auch im anderen Lager ballen sich die Kräfte zusammen. Dafür spricht namentlich die kürzliche Visite König Husseins von Jordanien nach Saudiarabien zwecks Festigung des „Bündnisses der beiden Könige“.

Die beiden reaktionären Monarchen stehen der VAR, Syrien, Jemen und anderen demokratischen arabischen Staaten immer feindseliger gegenüber. Die Spannungen und die Zusammenstöße an der Grenze zwischen Saudiarabien und dem Jemen

werden immer häufiger. Anfang Februar sperrte Saudiarabien die Niederlassungen ägyptischer Banken im Lande, die eine wichtige Rolle bei der Organisierung und Finanzierung der Pilgerfahrten ägyptischer Moslems nach Mekka spielen.

Der internationale Imperialismus setzt alle Hebel seiner politischen Maschine im arabischen Osten in Bewegung. In letzter Zeit spielt die israelische Presse auf die „reale Möglichkeit“ eines militärischen Zusammenstoßes mit Syrien an und

schreibt, Israel sei durchaus berechtigt, seine Politik „in Worten und Taten“ durchzuführen und seine Positionen zu festigen. Berichten zufolge beabsichtigt man den halbtoten Militärblock CENTO zu galvanisieren, um ihn gegen die VAR und ihre Verbündeten auszurichten.

Die Solidarität der arabischen Staaten ist angesichts der Spannungen im arabischen Osten ungemein wichtig. Die Verhandlungen in Kairo haben zweifellos zur Festigung ihrer Solidarität beigetragen.

aus dem Wege gegangen“, stellten die „Oberösterreichischen Nachrichten“ fest. Lautstark gestritten wurde fast nur über eine Frage: Wer soll an die Spitze der Parteiführung gestellt werden? Parteiobmann wurde Dr. Bruno Kreisky mit 70 Prozent der Stimmen. Dr. Pittermann, der frühere Parteivorsitzende, wurde zum Leiter der Parlamentsfraktion gewählt.

Viele Kommentatoren äußern die Ansicht, daß der neue Obmann der SPÖ seinen Posten in vieler Hinsicht Kreisen außerhalb der Partei zu verdanken habe. Die bürgerliche Presse hatte wochenlang für Dr. Kreisky Propaganda gemacht. Zu beachten ist, daß er auch nach der Parlamentsniederlage der SPÖ für das Verbleiben in der Regierung eintrat, auch zu den von der ÖVP gestellten und für die SPÖ selbstmörderischen Bedingungen.

Der erfahrene Diplomat Dr. Kreisky zeigte sich auf dem Parteitag sehr zurückhaltend und bat auf der ersten Pressekonferenz um Geduld, bis er „sein eigenes Konzept“ vorlegen werde. Weniger vorsichtig zeigten sich einige Anhänger des neuen Parteichefs. So sieht der Chef der Landesregierung Kärnten Dr. Kreiskys Konzept darin, möglichst bald „aus der Opposition zu neuer Mitsprache und Mitbestimmung in Österreich zu gelangen“.

Der Parteitag der SPÖ hat sich auf Personenfragen beschränkt. Das ist aber bei weitem unzureichend, die Krise in der Partei zu überwinden.

Wien, im Februar

Österreich: Führungswechsel in der SPÖ

Der Parteitag der SPÖ, der vom 30. Januar bis zum 1. Februar stattfand, sollte Antwort auf die Frage geben, welche Schlußfolgerung die zweitstärkste Partei des Landes aus dem schweren Rückschlag zieht, den sie bei den Parlamentswahlen 1966 erlitt.

Darüber wird schon lange diskutiert und Unterschiedliches geäußert. Einige österreichische Sozialisten haben zugegeben, daß die Niederlage durch das grundsatzlose Paktieren der Parteiführung verursacht wurde. Diese Grundsatzlosigkeit, verbunden mit der Abkehr vom Klassenkampf, stärkte die Positionen jener Elemente in der Partei, die mit dem kapitalistischen System ihren Frieden geschlossen haben.

Anzeichen der Krise machten sich schon lange bemerkbar, unter anderem als der damalige Innenminister und stellvertretende Parteivorsitzende Franz Olah die Sozialistische Partei auf einen rechtsextremen Weg zu zerren versuchte. Schließlich wurde Olah aus seinen führenden Funktionen und aus der Partei ausgestoßen. Aber erstens geschah das viel zu spät, und zweitens war die Parteiführung nicht gewillt, die erforderlichen ideologischen und politischen Schlußfolgerungen aus der Situation zu ziehen. Josef Hindels, ein Sprecher der Linken in der SPÖ, schrieb: „Menschen können durch Beschluß aus einer Partei entfernt werden, aber Geisteshaltungen wie der Opportunismus lassen sich nicht

Erwin
ZUCKER-SCHILLING

durch einen administrativen Akt beseitigen. Ihre Überwindung ist nur in einem längeren Prozeß der offenen geistigen Auseinandersetzung möglich.“

Hat nun der Parteitag diese Auseinandersetzung gebracht? Nein. Dieser Parteitag, der am Höhepunkt einer politischen Krise ohne Beispiel in der Geschichte der SPÖ stattfand, war ungemein steril. Die 59 Debatantenredner beschäftigten sich nur am Rande mit den Problemen, denen sich die Partei gegenüber sieht. „Der Frage nach der grundsätzlichen Position der Partei ist man sorgsam

Tansania: Die Deklaration von Arusha

Die Vereinigte Republik Tansania steht an einer Wende ihrer Entwicklung. Am 5. Februar legte Präsident Nyerere vor einer vieltausendköpfigen Kundgebung in der Hauptstadt Daressalam die Grundsätze der Deklaration dar, die kurz vorher in Arusha vom Exekutivkomitee der Regierungspartei Afrika-

Andrej DOLGOW

nische Nationalunion von Tanganyika beschlossen worden war.

Diese Deklaration konkretisiert die früheren Programmerkklärungen der Partei über ihre Absicht, in Tansania eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, und verkündet, daß die

Macht im Staate den Arbeitern und Bauern gehören soll und daß es dort weder Kapitalisten noch Feudalherren noch Ausbeutung des Menschen durch den Menschen geben darf. Um einen solchen Staat aufzubauen, heißt es in der Deklaration, müsse man die wichtigsten Produktionsmittel unter die Kontrolle der Arbeiter und Bauern stellen. Dieser Leitsatz setzt Verstaatlichung der Banken, der großen Industrie- und Handelsbetriebe sowie der großen Pflanzungen voraus.

Wie Nyerere erläuterte, handelte es sich um eine Verstaatlichung der Wirtschaftszweige, mit denen die Lebensinteressen der Bevölkerungsmehrheit zusammenhängen.

Im Einklang mit der Deklaration übernahm die tansanische Regierung schon am nächsten Tag, am 6. Februar, alle Banken, die britischen und indischen Kapital gehören, und übergab ihre Aktiva dem Schatzamt. Dabei wurde bekanntgegeben, daß sowohl eine „restlose und faire“ Entschädigung, „wo dies nötig erscheinen sollte“, als auch die völlige Sicherheit der Einlagen garantiert würden.

Am 10. Februar verstaatlichte die Regierung acht Großbetriebe der Nahrungsmittelindustrie.

Bis zum 12. Februar waren 24 große Firmen Eigentum des Staates, der auch das Kontrollpaket der Aktien von sieben anderen übernahm. Die Regierung kontrolliert faktisch sämtliche Versicherungsgesellschaften sowie die ausländischen Export- und Importfirmen und Sisalpflanzungen.

Die Annahme des Programmdokuments in Arusha war von der bisherigen Entwicklung des Landes vorbereitet worden. In den Jahren der Unabhängigkeit bemühte sich die Regierung tatkräftig um die Festigung der wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit. Bald nach 1961, als die Unabhängigkeit ausgerufen wurde, gingen einige Wirtschaftszweige, die der Kolonialverwaltung gehört hatten, darunter die Kraftwerke, das Verkehrs- und das Fernmeldewesen, in die Hände des Staates über. Es wurden Gesetze eingeführt, die die Rechte der Arbeiter schützen. Der gesellschaftliche Wirtschaftssektor nahm zu. In Tansania erfuhr die Genossenschaftsbewegung besonderen Auf-

schwung. Tiefgreifende sozial-ökonomische Umgestaltungen erfolgen im Inselteil der Republik, auf Sansibar, unter Führung der Afro-Schirazi-Partei.

Vor kurzem noch verließ sich die Regierung Tansanias bei der Finanzierung der Wirtschaftspläne hauptsächlich auf westliche Hilfe und ausländisches Privatkapital. Die fünfjährigen Erfahrungen haben jedoch gezeigt, daß der bisherige Weg dem Land keine wirtschaftliche Selbständigkeit bringen und das von der Regierungspartei verkündete sozialistische Ideal so nicht verwirklicht werden kann. Die westliche Hilfe wurde sehr häufig an erniedrigende politische Bedingungen geknüpft. Tansania wurde von den Westmächten wiederholt unter wirtschaftlichen Druck gesetzt, weil es sich zu wichtigen weltpolitischen Problemen unabhängig verhielt.

Die Deklaration von Arusha verweist darauf, daß ein Haupthebel zum Aufschwung der Wirtschaft neben der Verstaatlichung der Produktionsmittel die Bemühungen des Volkes, sein Fleiß und nicht die westliche Hilfe sein muß.

Die neue Situation verlangte von der Regierungspartei auch eine Überprüfung der Methoden. Wie viele andere afrikanische Parteien, die die Völker ihrer Länder zur Unabhängigkeit geführt haben, ist die Afrikanische Nationalunion von Tanganjika eine organisatorisch schwache Vereinigung von Vertretern verschiedener Klassen und sozialer Gruppen. Nun beabsichtigt die Partei, im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und die Übermacht der Auslandsmonopole sich auf die sozialen Schichten zu stützen, die an den Umgestaltungen am meisten interessiert sind und sich von ihnen ein besseres Leben versprechen. Heute befindet sich das Land in einer neuen Etappe, heißt es in der Deklaration, und man solle mit der Parteimitgliedschaft umsichtiger sein, in die Partei sollten vor allem Arbeiter und Bauern aufgenommen werden.

Das in Arusha angenommene Programm bietet dem Lande die Aussicht einer nichtkapitalistischen Entwicklung. Dieses Programm kann nicht nur für Tansania, sondern auch für ganz Afrika große Bedeutung haben.

Károly Csatorday

Der Ständige Vertreter der Ungarischen Volksrepublik in der UNO, Károly Csatorday, wurde 1926 in einer Arbeiterfamilie geboren. Trotz der schweren Lebensverhältnisse konnte er die Mittelschule absolvieren.

Während der Befreiung Ungarns aus dem Joch des Faschismus wurde Csator-



day Soldat der Ungarischen Volksarmee und trat der KP Ungarns bei, die sich damals legal zu betätigen begann.

Nach Kriegsende beteiligte sich Csatorday aktiv an der politischen Bewegung der jungen Arbeiter. Er absolvierte im Abendstudium die Rechtsfakultät der Universität und kam danach ans Außenministerium, zunächst in die Abteilung Völkerrecht, dann als Mitglied der diplomatischen Vertretungen Ungarns in Den Haag, in Peking und Hanoi. 1956 wurde er zum Protokollchef im Außenministerium ernannt. 1960 wurde er Botschafter in Tokio. Seit Januar 1962 ist er Ständiger Vertreter Ungarns in der UNO. Auf der 17. Vollversammlung (1962) war er Berichterstatter des Ersten (politischen) Ausschusses, 1963 stellvertretender Vorsitzender und auf der 20. Vollversammlung Vorsitzender des Ausschusses, 1966 interimistischer Stellvertreter des Vorsitzenden der Kommission zur Untersuchung der Finanzgebaren der UNO und ihrer Fachkörperschaften. Csatorday beherrscht Russisch, Englisch, Deutsch, Französisch und Chinesisch.

INTERNATIONALE UMSCHAU

HOLLAND

Absolution

Der außenpolitische Ausschuß des holländischen Parlaments hat kürzlich die undankbare Aufgabe übernommen, einen Mann reinzuwaschen, dessen braune Vergangenheit und schwarzes Sündenregister weltbekannt sind.

Am 9. Februar setzte sich der Ausschuß mit dem Lebenslauf des westdeutschen Generals von Kielmansegg, der im vorigen Jahr zum Oberbefehlshaber der Vereinigten NATO-Streitkräfte Europa Mitte bestellt wurde. Dieser Erznazi wütete während des zweiten Weltkrieges unter den Patrioten Frankreichs und Polens und brüstete sich damit, Hitlers „Auftrag durchzuführen — die Vernichtung Englands“.

Nach dem Krieg machte von Kielmansegg in der Bundesrepublik Karriere und erklimmte höchste NATO-Ränge. Seine Ernennung wur-

de zu einem Skandal in der atlantischen Familie.

Was hat aber das holländische Parlament damit zu tun? Auf Beschluß des NATO-Rats von Oktober v. J. wird der NATO-Stab Europa Mitte aus Frankreich nach der holländischen Provinz Limburg verlegt. Am 1. April d. J. soll er sich in Brunsum und Maastricht etablieren.

Davon sind bei weitem nicht alle Holländer erbaut. Viele äußern Empörung, daß ein früherer Nazi-Haudegen auf holländischem Boden schalten und walten soll. In den Zeitungen erschienen Berichte, die an die verbrecherische Vergangenheit dieses hohen NATO-Tiers erinnern.

Nun hat der außenpolitische Ausschuß prompt erklärt, daß diese Berichte „keine Grundlage zu einer Anklage gegen von Kielmansegg bieten“. Die Absolution für den Nazi-verbrecher hat mit Wahrheitsfindung nicht das geringste zu tun.

JAPAN

Schlechtwetter

Die kleine Pazifikinsel Iejima liegt weitab vom Weltgetümmel. Die Bewohner der Insel, die zum Riukiu-Archipel gehört, bestellten Reis, Bataten, Zuckerrohr und trieben Fischfang.

Unverhofft wurde das friedliche Leben auf der Insel mit Brachialgewalt unterbrochen. Die auf Riukiu hausenden amerikanischen Militärs faßten das Inselchen ins Auge und beschlossen, es als Drillgelände für Luftlandetruppen zu benutzen.

Die ersten Manöver amerikanischer Fallschirmjäger wurden für den 8. Februar angesetzt. Mannschaften und Material wurden auf dem Stützpunkt Kadena in Transportflugzeugen in Startbereitschaft gehalten.

Das Startsignal blieb jedoch aus, denn inzwischen hatte sich folgendes zugegetragen.

250 Bauern, die von den Plänen des USA-Kommandos erfuhren, besetzten mit dem Dorfältesten an der Spitze schon frühmorgens das Feld, das als Landungsplatz vorgesehen war. Da half keine Überredungskunst, die Bauern ließen sich von den Amerikanern nicht verscheuchen. Schließlich mußte das USA-Kommando die Manöver wegen „Schlechtwetters“ aufschieben.

Für den amerikanischen Militärklüngel herrscht auf den japanischen Inseln wirklich schlechtes Wetter.

INDIEN

Mammon

Als nicht ein Rolls-Royce-Wagen, den sich ja nur Krösusse leisten können, sondern eine ganze Kolonne dieser gleißenden Luxuslimousinen auf den staubigen Landstraßen in der Nähe der indischen Stadt Agra erschien, erregte das natürlich Aufsehen. Wie Reuter aus Delhi berichtete, machte der Maharadscha von Bharatpur und sein Anhang auf diese Weise eine Wahltour durch die umliegenden Dörfer.

Der Maharadscha von Bharatpur ist einer der Feudalherren, die vor 19 Jahren, als Indien die Unabhängigkeit errang, von der politischen Bühne verdrängt wurden. Heute gedenken rund 100 Kleinfürsten erneut, die politische Oberhand zu gewinnen, und wollen bei den am 15. Februar beginnenden Wahlen zum Zentralparlament und zu den gesetzgebenden Versammlungen der Unionsstaaten kandidieren. Der Maharadscha von Bharatpur hat sich als „unabhängiger Kandidat“ für die Volkskammer nominieren lassen. Natürlich stehen all diese Fürstensproßlinge, welcher Partei sie auch angehören mögen, auf konservativsten, erzreaktionärsten Positionen.

Am bekanntesten ist von dieser erlauchten Kandidatenschar eine Dame: Die Maharani Gayatri Devi von Jaipur, die vor fünf Jahren



„Schuhe putzen, lieber Herr!“

Mauldin, „New York Herald Tribune-Washington Post“

einen Parlamentssitz ergattern konnte. Sie steht der Ortsgruppe der rechtsextremistischen Swatantra-Partei im Unionsstaat Rajasthan vor.

Der Maharadscha von Patiala kandidiert als „Unabhängiger“ für die gesetzgebende Versammlung des Unionsstaates Punjab, während seine Gemahlin, die Maharani Mohinder Kaur, es auf das Zentralparlament abgesehen hat. Sie gehört der Regierungspartei Indischer Nationalkongress an.

Das Hauptargument und der Haupteinsatz der Radschas und Maharadschas ist der Mammon. Um bei den Wählern Eindruck zu schinden, ist ihnen jeder Aufwand billig, und die Entscheidung einer Rolls-Royce-Kolonne ist für sie ein Kinderspiel.

KANADA

Die zweite Runde

Die Geschichte mit der Mercantile Bank of Canada, da die kanadischen Behörden sich gegen das Schalten und Walten dieser Niederlassung des mächtigen Rockefeller-Instituts First National City Bank of New York auflehnten, hat eine weitere Entwicklung erfahren. Nach kanadischen Pressemeldungen ist Ottawa aus der ersten Runde des Zweikampfs mit dem Rockefeller'schen Finanzriesen als Sieger hervorgegangen.

Nach einer Rücksprache des kanadischen Finanzministers M. Sharp mit Vertretern der Rockefeller-Bank erklärten sie sich bereit, den Kanadiern 75 Prozent der Aktien ihrer Mercantile Bank of Canada zu verkaufen. Dafür hat die kanadische Regierung versprochen, gegen die Bank keine „diskriminierenden Maßnahmen“ zu ergreifen, falls das Kontrollpaket der Aktien sich bis Jahresende im kanadischen Schatzamt befinden sollte.

Die Rockefeller Bank will sich aber aus Kanada nicht verdrängen lassen. Wie die Zeitung „Toronto Daily Star“ am 9. Februar meldete, ging vor einer Woche die der Rockefeller-Bank gehörende Versicherungsgesellschaft International Trust Co. eine Fusion mit der großen kanadischen Investitionsfirma Fullerton McKenzie and Associates Ltd. ein, was der First National City Bank ermöglicht, ihre Finanztätigkeit in Kanada beträchtlich zu erweitern. Dabei ist die neue Gesell-

schaft für die Regierung „unantastbar“, da sie laut Statuten nicht als Bundes-, sondern als Provinzfirma gilt.

Damit hat offensichtlich die zweite Runde der Auseinandersetzung begonnen.

INDONESIEN

Comeback der Monopole

Die indonesische Regierung und der britisch-holländische Unilever-Konzern sind übereingekommen, daß dieser seine 1962 verstaatlichten Betriebe zurückerhält. Wie verlautet, sollen die Eigentumswerte des Konzerns den früheren Besitzern ohne Entschädigungszahlungen zurückerstattet werden. Es heißt ferner, daß der Konzern seine Investitionen in Indonesien erweitern wird.

Es gibt aber auch andere Auslandsmonopole, die sich in der indonesischen Wirtschaft wieder breitmachen wollen. Zur Zeit verhandeln weitere 16 westliche Firmen mit den indonesischen Behörden über die

Restitution verstaatlichten Eigentums, darunter Goodyear und Dunlop (USA) und die British-American Tobacco Ltd.

Nach dem Abkommen mit Unilever zu schließen, verhält sich die jetzige indonesische Regierung günstig dazu, daß die Auslandsmonopole ihr Comeback feiern und ihre früheren Positionen in der indonesischen Wirtschaft einnehmen sollen. Im Dezember v. J. erteilte die indonesische Regierung zwei amerikanischen und zwei japanischen Erdölgesellschaften Schürfungs- und Gewinnungsrechte ab 1967. Vertreter von neun anderen ausländischen Petroleumkonzernen, darunter von Standard Oil, Esso und Mobil Oil, verhandeln mit der indonesischen Regierung über neue Konzessionen.

Die Wirtschaftsschwierigkeiten Indonesiens sind jetzt enorm, und die indonesische Regierung sucht sie zu bekämpfen. Wie man sieht, ist man dort bestrebt, nicht die inneren Ressourcen zu mobilisieren, sondern den Auslandsmonopolen in Indonesien neue Chancen zu bieten.

Biographisches

Ricardo Alarcon de Quesada

Ständiger Vertreter der Republik Kuba in der UNO ist Ricardo Alarcon de Quesada.

Er wurde am 21. Mai 1937 geboren, absolvierte die Fakultät für Philosophie und Philologie an der Universität Havanna, war Teilnehmer der revolutionären Bewegung und leitete als Führungsmitglied der Bewegung des 26. Juli von 1957 bis 1959 den Studentensektor in der Provinz Havanna.

Nach dem Sieg der Revolution war Ricardo Alarcon ein Führer der Studenten- und Jugendorganisationen des Landes. Von 1959 bis 1961 war er Vizepräsident des Universitätsverbands der Studenten, von 1961 bis 1962 Präsident des Verbandes. 1962 wurde er Mitglied des Nationalkomitees des Bundes der Jungkommunisten und dessen Sekretär für internationale Verbindungen. Als Chefdelegierter der kubanischen Jugend nahm er an mehreren lateinamerikani-

schen und internationalen Jugendtreffen teil.

1963 wurde Ricardo Alarcon Abteilungsleiter im kubanischen Außenministerium. 1964 gehörte er der kubani-



schen Delegation auf der 2. Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der blockfreien Länder in Kairo an. 1965 und 1966 war er Mitglied der kubanischen Delegation auf der 20. und 21. UNO-Vollversammlung. Seit Oktober 1966 ist er Ständiger Vertreter der Revolutionären Regierung der Republik Kuba in der UNO.

Italien und seine Literatur

Die Naturkatastrophen, die vor einigen Monaten Italien heimsuchten, haben die üblichen Neujahrsthemen natürlich in den Hintergrund treten lassen. Deshalb hat sich die italienische Presse nicht wie sonst mit der Bilanz des Literaturjahres befaßt und hat nicht untersucht, was in letzter Zeit im italienischen Kulturwesen vor sich gegangen ist. Dabei steuert es jedes Jahr, selbst wenn es keine übertragenden Kunstwerke hervorbringt, doch etwas Eigenes, Neues zur Literatur bei, obzwar sich manche Erscheinungen und Tendenzen erst dann leichter beurteilen lassen, wenn sie nicht noch im Keimzustand sind, sondern sich schon kristallisieren.

Im August 1966 brachte die Wochenschrift „L'Espresso“ einen Aufsatz ihres Mitarbeiters Sandro Viola mit der großen Überschrift: „Die Christliche Demokratie und die Confindustria wollen die italienische Kultur bevormunden“. Viola führt Tatsachen an, die zeigen, daß die Regierungspartei, nachdem sie sich endgültig davon überzeugen mußte, daß sie in den „20 Jahren ihrer politischen Hegemonie“, so sonderbar das auch scheinen mag, auf kulturellem Gebiet Fiasko gemacht hat, in letzter Zeit entschlossen zum Angriff übergegangen ist. Im März 1966 tagte in Castellammare di Stabia eine Konferenz über das Verhältnis zwischen der demochristlichen Partei und der italienischen Kultur. „L'Espresso“ beruft sich auf eingeweihte Kreise und behauptet auch, der Sekretär dieser Partei, Mariano Rumor, habe einige Schriftsteller von der neoavantgardistischen Gruppe 63 empfangen. Dabei soll von der Gründung einer neuen Literaturzeitschrift aus Mitteln der Partei die Rede gewesen sein. Daraus ist aber nichts geworden, weil nicht alle Mitglieder der Gruppe 63 diese offenkundige Allianz mit den Demo-

christen eingehen wollten. Der Schriftsteller Umberto Eco leugnet in einem Brief an die Redaktion des „Espresso“ den Besuch bei Rumor, die Zeitschrift besteht aber darauf, daß ihre Information richtig gewesen sei.

Es gibt jedoch Tatsachen, die keiner zu bestreiten versucht, z. B. die größere Aktivität des italienischen Industriellenverbandes (der Confindustria) auf kulturellem Gebiet. Im Jahre 1966 wurde in Rom ein Akademisches Institut ins Leben gerufen, eine Einrichtung mit ziemlich verschwommenen Satzungen, aber vermutlich mit ganz bestimmter Zielsetzung. Die vielen Hundert Millionen Lire zu ihrer Gründung kamen von Privatunternehmern. Präsident des Instituts ist Pietro Campilli, ein Lenker der Wirtschaftspolitik der demochristlichen Partei; sein Stellvertreter Mario Valeri-Manera ist Vizepräsident der Confindustria. Praktisch haben diese Männer über alles zu bestimmen. In seiner ersten Ansprache bei Eröffnung des Instituts machte Campilli sehr vielsagende Andeutungen. Er erklärte, daß man sich in den „wirtschaftlichen Sphären“ über das „Heikle“ und Bedeutsame der Übergangsphase klar sei, in der sich die Gesellschaft Italiens heute befinde, und daß man einsehe, wie wichtig und dringend es sei, „die schöpferischen Kräfte zu unterstützen“ und sie von Einflüssen frei zu machen, die sie daran hindern könnten, ihr inneres Erleben frei auszudrücken.

Das ist verschwommen formuliert, aber „L'Espresso“ und nach ihm auch andere Zeitschriften haben leicht herausgefunden, was dahintersteckt: Man will die italienische Kultur und die italienischen Schriftsteller und Künstler „aus dem Bann linker Ideen und Stimmungen befreien“, in dem sie seit dem Zusammenbruch des Faschismus stünden. Um es noch genauer zu sagen, will man

sie der Notwendigkeit entheben, der Wirklichkeit gegenüber einen klaren moralischen Standpunkt zu beziehen. Übrigens: Der Sekretär des Akademischen Instituts, der beste Helfer der beiden höchst namhaften Vertreter der „wirtschaftlichen Sphären“, ist der bekannte Schriftsteller Elemire Zolla, der behauptet, Ideologien seien sinnlos.

Das alles ist höchst bezeichnend. Mario Valeri-Manera, ein ungemein rühriger Mann, der umfangreiche Beziehungen zur Künstlerwelt angeknüpft hat (seine Cocktailpartys sind berühmt), figuriert schon in einem Werk der Literatur: Der Schriftsteller Giulio Raiola hat ihn ziemlich bissig in einer Novelle geschildert, er nennt ihn Valerio Mendera, den „reichsten Mann des ganzen Sonnensystems“.

Um sich besser vorstellen zu können, was heute in der italienischen Literatur vorgeht, muß man kurz Rückschau halten. An der antifaschistischen Widerstandsbewegung während des zweiten Weltkriegs nahmen viele Intellektuelle teil. Die italienische Kultur der ersten Nachkriegsjahre war unstreitig links gerichtet und nahm einen Standpunkt ein, der in Italien gewöhnlich *impegno* genannt wird. Für dieses italienische Wort wird im Deutschen das französische Wort *engagement* gebraucht. Den Ausdruck benutzte zum ersten Male Sartre für die von Kulturschaffenden freiwillig übernommenen moralischen und politischen Verpflichtungen, mit anderen Worten, für die aktive, klare Stellungnahme des Künstlers zur Wirklichkeit (*engagierte Kunst*).

Die von der Widerstandsbewegung hervorgebrachte neorealistische Kunst war hochgradig *impegnato*, d. h. sie zeugte von dem Bewußtsein der Künstler, daß sie vor dem Volk eine Verantwortung tragen. Leider neigen jetzt selbst einige angesehene italienische Kritiker zu der Ansicht, daß der Neorealismus keine besonderen Kunstwerte hervorgebracht habe. Ich halte das für ganz ungerichtet. Wer dächte nicht an die wunderbaren neorealistischen Filme, die den Millionen in aller Welt die Seele des italienischen Volkes offenbart haben! Die Neorealisten waren eine wirkliche Avantgarde, weil sie danach strebten, die Wirklichkeit und nicht nur die Kultur zu wandeln. Ihr Realismus war

oft etwas unausgegoren, er war zu einwertig, die Hauptsache aber ist, daß diese Kunst, aus der antifaschistischen Revolution hervorgegangen, zutiefst demokratisch, wahr und menschlich gewesen ist.

Jahre gingen hin, und es zeigte sich, daß die Wirklichkeit viel komplizierter ist, als man sie sich zur Zeit des Partisanenkriegs vorstellte. Damals glaubten die Menschen, man brauche nur den Hitlerfaschismus zu schlagen, dann käme alles von selbst wieder ins Lot, dann hätten die soziale Ungerechtigkeit und alle alten, herkömmlichen Gebrechen der Gesellschaft Italiens ein Ende. Aber schon zu Beginn der 50er Jahre wurde die innerpolitische Lage in Italien völlig anders. Es gelang der italienischen Bourgeoisie — nicht ohne auswärtige Hilfe —, Herr der Situation zu werden; die Arbeiterbewegung flaute vorübergehend ab, und viele Illusionen zerstreuten sich. Im Lande traten krasse Veränderungen ein, seine wirtschaftliche Struktur wurde anders, Italien verwandelte sich aus einem Agrar- und Industrieland (mit vorwiegender Landwirtschaft) in ein Industrie- und Agrarland (mit vorwiegender Industrie). Auch erhebliche soziale Verlagerungen traten ein. Massen wanderten aus den Dörfern in die Städte ab, die Zusammensetzung der Arbeiterklasse wurde eine andere, und eine neue Schicht von Technikern und humanistischen Intellektuellen trat auf den Plan, die heute in der Industrie tätig ist. Der Lebensstandard vieler Bevölkerungsschichten stieg, obwohl es, besonders im Süden, wegen der unproportionierten

wirtschaftlichen Entwicklung und aus einigen anderen Gründen noch immer ganze Bezirke gibt, deren Bewohner ein Elendsdasein fristen. Es entstanden neue, bisher unbekannte Gegensätze, es entstanden neue Probleme, die so oder anders mit dem Geschick des Menschen in der „neokapitalistischen“ Gesellschaft zusammenhängen.

Unter diesen Umständen mußte die neorealistische Kunst, nachdem sie ihre Mission mit Erfolg erfüllt hatte, etwas Neuem Platz machen. Man mußte von der etwas „eindimensionalen“ Lebenssicht, von der „schwarz-weißen“ Darstellung der Wirklichkeit dazu übergehen, Gestalten zu modellieren und psychologisch tiefer in das Leben mit all seinen Komplikationen und Widersprüchen hineinzuleuchten. Als Mitte der 50er Jahre die marxistische Kritik es als dringlichste Aufgabe bezeichnete, eine Kunst der Vernunft, der Ideen entstehen zu lassen, da entsprach das schon einem sozialen Bedürfnis.

Der bekannte kommunistische Kritiker Vittorio Strada hat treffende Worte für die Anforderungen gefunden, die heute an die Literatur gestellt werden. Strada hat festgestellt, daß man den Neorealismus gründlich studieren und seine poetischen Werte zutage fördern muß; wenn heute ein Schriftsteller unfähig sei, den organischen Zusammenhang zwischen den Vorgängen „auf lokaler Ebene“ und der „tiefen Bewegung auf allen Gebieten, auch in der Sphäre der Ideen, in Moskau, New York, Asien oder Paris zu fühlen und ihn seine Leser fühlen zu lassen, dann beginne dieser Schriftsteller,

uns immer weniger zu interessieren. Nicht umsonst werden jetzt bei einem großen Teil der westlichen Leserschaft Ästhetik, Soziologie, Geschichtsschreibung, Ethnographie, kurz nichtkünstlerische Formen der Erkenntnis des Ichs und der Epoche, so populär.“

Andererseits bildete sich schon damals, nämlich Mitte der 50er Jahre, eine Richtung heraus, die später zum Entstehen der Gruppe 63 führte. Der Kern, um den sie sich bildete, war die Zeitschrift „Verri“, die seit 1957 erscheint und deren Themen vor allem Sprachforschung, Ästhetik, Poesie und Philosophie sind. In Heft 1 von 1960 wurde fast ausschließlich auf die Lage in der modernen italienischen Prosa eingegangen, und man merkte, daß die verschiedenen Autoren denselben Ton anschlugen. Sie kritisierten scharf die Ideologie und Ästhetik des Neorealismus und griffen fast alle Schriftsteller der älteren und mittleren Generation, besonders Moravia und Pratolini, an, weil „sie sich bestimmter ideologischer Postulate viel zu gewiß“ seien; ebenso wegen ihrer „Neigung zum Moralisieren“. Nach Ansicht der Zeitschrift „Verri“ entspreche das alles nicht „der heutigen Denkweise“.

Als sich die Schriftsteller, Maler und Musiker, die die Gruppe 63 gebildet haben, im Herbst 1963 zum ersten Male in Palermo zusammenfanden, zeigte es sich ganz klar, daß viele angesehenste Neoavantgardisten die Rolle der Ideologie und der moralischen wie politischen Verantwortung der Kulturschaffenden neuerdings rundweg leugneten. Andere nahmen einen anderen Standpunkt ein, wieder andere suchten nach einem Mittelweg. Dem Treffen in Palermo folgte kein Manifest und konnte auch keins folgen, denn die Meinungen waren viel zu sehr geteilt. Im nächsten Jahr (1964) erschien im Verlag Feltrinelli ein Buch mit dem Titel „Die Gruppe 63“. Es war eine Anthologie. Die Autoren, bekannte Avantgardisten, verglichen ihre Bewegung mit einem Autobus, in den ganz verschiedene Leute einsteigen und wo vielleicht noch ein paar Plätze frei sind. Sie schrieben: „Wir alle sind die Avantgarde, also: Bloß Nicht Den Autobus Versäumen, Solange Noch Zeit Ist!“

Der Vergleich mit einem Autobus ist höchst charakteristisch. Als im November 1964 Neoavantgardisten bei einem Treffen in Reggio Emilia

In einer New-Yorker Bar:
„In einer Welt, die von
Mrs. Mao und Gouverneu-
rin Lurleen Wallace regiert
wird, ist es sinnlos, nüch-
tern zu sein.“

„New York Herald
Tribune—Washington
Post“



aus ihren Werken vorlasen und darüber diskutierten, kam es zu einem Skandal. Die Redner warfen einander Faschismus, Neorealismus oder „getarnten sozialistischen Realismus“ vor. Die Gruppe 63 besteht seit mehr als drei Jahren, aber die dazu gehörenden Schriftsteller haben in dieser Zeit kein halbwegs hervorragendes Prosawerk geschrieben (in der Dichtkunst leisten sie manchmal etwas Beachtenswertes). Einer der bedeutendsten Repräsentanten der Gruppe, Francesco Leonetti, der bei dem Treffen in Palermo versucht hatte, die scharfen Gegensätze zwischen der *letteratura impegnata* und dem Neoavantgardismus zu mildern und zu glätten, hat ohne alle Umschweife zugegeben, daß den Neoavantgardisten nichts Wertvolles gelungen ist.

Nun aber eine überraschende Tatsache: In den drei Jahren ihres Bestehens hat die Gruppe 63, die sich keiner besonderen künstlerischen Erfolge rühmen kann und wahrscheinlich keine festen sozialen Wurzeln hat, in der praktischen Tätigkeit sehr gründlich Wurzel schlagen können. Das ist natürlich Alltagsprosa, aber die Neoavantgardisten haben in der sogenannten Kulturindustrie (Verlagsanstalten, Redaktionen usw.) viele Schlüsselpositionen besetzt. Übrigens waren sich schon in den ersten Monaten nach dem Treffen in Palermo viele italienische Publizisten darüber einig, daß die Mitglieder der Gruppe 63 offen ganz reale, praktische Ziele anstreben.

Jetzt möchte ich aber auf die erwähnte Ausgabe des „Espresso“ und auf den Artikel von Sandro Viola zurückkommen, dessen Charakteristiken und Werturteile sehr ungnädig formuliert sind. Er ist überzeugt, daß die „wirtschaftlichen Sphären“, die Vertreter des italienischen Neokapitalismus, jetzt unverhohlen darauf ausgehen, die Intelligenz ideologisch zu entwaffnen, d. h. auf ein zum Prinzip erhobenes Fehlen jeder Verpflichtung des Künstlers vor der Allgemeinheit. Viola kennt keine Schonung: Er stellt die rückständigsten Katholiken von der Zeitschrift „Studi cattolici“, die Confindustria, die Verleger, die den Büchermarkt mit Unterhaltungslektüre beliefern wollen, und die Gruppe 63 alle auf eine Stufe.

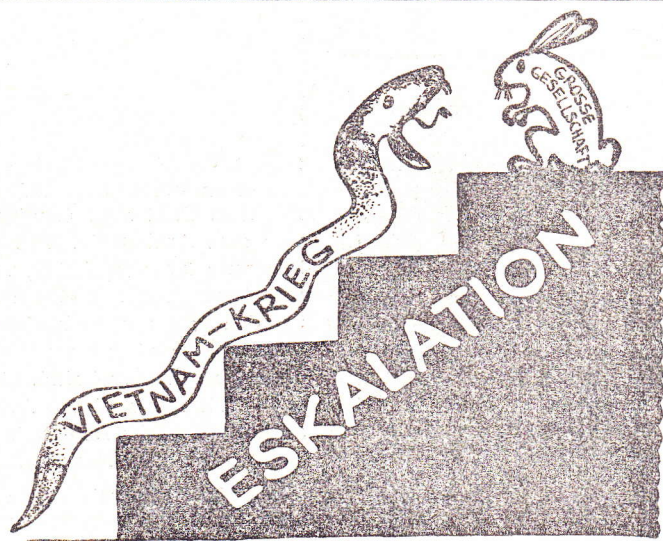
Vielleicht ist Violas Urteil über die Gruppe 63 zu kategorisch. Die Gruppe ist uneinheitlich, und viele ihrer Mitglieder ahnen wohl kaum, was für einen Dienst sie den Ideologen des Neokapitalismus erweisen. Mir persönlich scheint eins außer jedem Zweifel zu stehen: Die Literatur der „neuen Avantgarde“ ist nur das Symptom einer Krise, aber keineswegs die Bahn, die die italienische Prosa einschlagen kann.

Während der letzten Jahre sind in Italien einige lesenswerte Schriftsteller hervorgetreten, die auf verschiedene Weise – manche traditioneller, andere experimenteller – ein außerordentlich wichtiges Problem anschnitten. Sie versuchen, mehr oder weniger scharfsichtig und talentiert die Stellung des Individuums

in der modernen Gesellschaft zu ergründen. Ich möchte nur einige nennen: Paolo Volponi, Goffredo Parise, Ottiero Ottieri, Libero Bigiaretti, Inisero Cremaschi und Luciano Bianciardi. Diese Schriftsteller sind ja wohl ganz verschieden, und ich will sie durchaus nicht künstlich zu einer Art Strömung zusammenfassen. Sie interessieren sich aber für Probleme, die mit der Stellung des Individuums der „industriellen Realität“ – also der modernen kapitalistischen Gesellschaft – gegenüber zusammenhängen. Sie machen sich keine Illusionen und geben sich auch Mühe, nicht in Verzweiflung zu verfallen, obwohl viele ihrer Bücher sehr bitter sind. Sie suchen qualvoll nach einer Antwort auf sehr komplizierte und manchmal peinvolle Fragen, vor die sie das Leben stellt.

Zur Zeit der Widerstandsbewegung war es klar, wer Freund und wer Feind, was gut und was böse ist. Jetzt ist vieles kaschiert. Die heutige italienische Literatur ist die eines hochentwickelten kapitalistischen Landes, und wie wir sehen, greift dieser Kapitalismus sehr tatkräftig in die Sphäre der Kultur ein. Italien ist aber zugleich ein Land mit einer mächtvollen, ausgezeichnet organisierten Arbeiterbewegung, wo eine der größten kommunistischen Parteien Westeuropas die ganze Sphäre des gesellschaftlichen Seins und Bewußtseins schon durch ihr bloßes Bestehen stark beeinflusst. Die Frage vom *impegno* des Künstlers ist von erstrangiger Bedeutung. Das gilt nicht allein für seine Stellungnahme als Staats- und Weltbürger (zur Ehre der italienischen Kulturschaffenden sei gesagt, daß sie einmütig gegen die amerikanische Aggression in Vietnam auftreten). Es ist Pflicht des Künstlers, gegen eine Nivellierung des Bewußtseins anzukämpfen, gegen die Gefahr, daß das Individuum zu einem einfachen „Produkt der Wohlfahrtsgesellschaft“ gemacht wird, gegen den Konformismus, für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde.

Es ist wohl kaum übertrieben, wenn ich sage, daß jetzt in Italien ein neues Genre der Literatur entsteht, das noch keinen Namen hat. Aus den besten Büchern italienischer Prosaiker spricht eine fast unverhohlene, nur eben emotional gefärbte Soziologie. Diese Bücher sind sarkastisch, sie zeugen vom glühenden Pathos der Enthüllung und des Zorns. Und doch spricht aus diesen Büchern eine Hoffnung.



Zeichnung von B. Saizew (UdSSR)

Eine sowjetische Mata Hari

Im Pariser „Figaro“ vom 1. Februar stachen mir die folgenden Zeilen ins Auge: „Was ist mit der Mata Hari von der See geschehen, die vor Palomarès nach einer Atombombe fischte?“ Es folgt ein Text, der hier im Wortlaut zitiert sei:

„Eine Episode, die es verdient, in einen James-Bond-Film aufgenommen zu werden, ist vor kurzem von der Zeitung ‚Boston Globe‘ ein Jahr nach dem aufsehenerregenden Fall Palomarès veröffentlicht worden. Bekanntlich stieß am 17. Januar 1966 ein amerikanischer B-52-Bomber über dem spanischen Städtchen Palomarès mit einem Tankflugzeug zusammen und stürzte mitsamt seiner Atombombenlast ab. Drei von den vier Bomben, die glücklicherweise ohne Zündkapsel waren, konnten sofort ermittelt werden. Die vierte fiel ins Meer und wurde erst nach längerer Suche entdeckt.“

‚Boston Globe‘ berichtet, daß am Tag nach dem Unfall, am 18. Januar, die junge sowjetische Wissenschaftlerin Valeria Troizkaja, die in Paris wohnte, in aller Hast ihren Koffer packte und ihren Freunden beim Abschied sagte: ‚Ich muß nach Le Havre‘.

Zwei Tage später sah ein Fischer, der unweit von Palomarès seine Netze legte, aus den Fluten etwas tauchen, das er in seinem Schreck für einen Walfisch hielt. Vor den Augen des verdutzten Fischers entstieg dem Walfisch, der sich als ein Zwerg-U-Boot herausstellte, eine Frauenfigur in einem schwarzen, mit zahlreichen Apparaten und Instrumenten behängten Taucheranzug. Als sich die ungewöhnliche Nixe ertappt sah, leistete sie nicht den geringsten Widerstand. Mit Hilfe der alarmierten Behörden wurde sie an Ort und Stelle festgenommen. Bald darauf konnten ihre Personalien festgestellt werden: Das war Valeria Troizkaja.

‚Boston Globe‘ fügt hinzu, daß bisher niemand etwas unternommen hat, um die Freilassung der jungen Frau zu veranlassen, obwohl sie offenbar einen soliden Rückhalt hat. Jemand dürfte sie ja mit einem U-Boot unmittelbar in den Operationsraum bei Palomarès gebracht haben. Man weiß nur, daß

seit einem Jahr nichts über das Schicksal der Mata Hari von der See bekannt ist. Allem Anschein nach befindet sie sich irgendwo in Haft und brütet bitterlich über die Neugier der spanischen Fischer.“

Das war, für mich zumindest, eine verblüffende Nachricht, denn ich kenne diese rätselhafte sowjetische Mata Hari gut. Als ich den Bericht über ihr tristes Los gelesen hatte, nahm ich den Hörer ab und wählte die Nummer. Es ist gar nicht angenehm, in der Wohnung eines Menschen anzurufen, der schon seit einem Jahr spurlos verschwunden ist und in einem unbekannten Kerker schmachtet. Zaghaft fragte ich, ob das die Wohnung Valeria Troizkajas sei.

„Das bin ich selbst.“

Als sie erfuhr, daß der „Figaro“ sie in eine sowjetische Mata Hari verwandelt hat, lachte sie herzlich und bat mich, ihr die Zeitung zu zeigen.

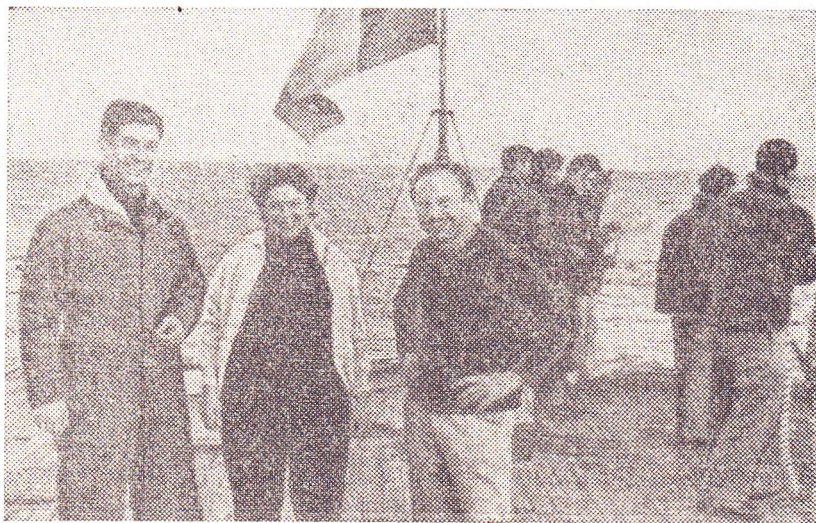
Eine Viertelstunde später war ich bei Valeria Troizkaja, einer weit über die Grenzen der Sowjetunion bekannten Geophysikerin, Doktor der Physik und Mathematik, Stellvertretender Vorsitzender des zwischenamtlichen Geophysikalischen

Komitees der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

Dr. Troizkaja ist frohsinnig von Natur und nahm die Provokation des „Figaro“ humorvoll auf.

„Gestehen Sie also, wie es wirklich war“, forderte ich sie auf, nachdem sie den Beitrag im „Figaro“ gelesen hatte.

„Ich war vorigen Winter wirklich in Paris, wo ich in der Ecole Nationale Supérieure des télécommunications im Zusammenhang mit den französisch-sowjetischen Versuchen an Magnetlinienpunkten arbeitete. Solcher Punkte gibt es auf dem Festland, besonders in der östlichen Hemisphäre, sehr wenig. Die Versuche sind aber sehr wichtig, vor allem für den Bodendienst der Raumforschungen. Gemeinsam mit französischen Kollegen wählten wir die Siedlung Sogra im Gebiet Archangelsk und die Kerguelen-Insel im Indischen Ozean. In dieser Zeit mußte ich Paris einige Male verlassen, kann Ihnen aber versichern, daß ich nicht in Palomarès war. Französische Wissenschaftler und Seeleute luden mich ein, an geophysikalischen Versuchen der französischen Taucherglocke „Archimède“ teilzunehmen, die mit 10 000 Meter Tiefe den Weltrekord geschlagen hat. Gemeinsam mit dem Kapitän



An Bord des Schiffes, das die Taucherglocke „Archimède“ beim Tauchversuch vom 10. Februar 1966 begleitete, V. l. n. r.: De-Froberville, Dr. Troizkaja, Selzer.

und Steuermann der Taucherglocke, de Froberville, und dem französischen Wissenschaftler Selzer von der Sorbonne tauchten wir im Februar 1966 bei Toulon 2500 Meter tief. Dabei nahmen wir Messungen des magnetischen und elektrischen Felds in großer Tiefe vor. Da es sich um den ersten Tauchversuch in solcher Tiefe unter Teilnahme einer Frau handelte, schrieb die französische und die sowjetische Presse eingehend darüber. Berichte brachten „Le Monde“ und, wenn ich nicht irre, auch „Figaro“.

Sie zeigte mir Zeitungsausschnitte und einige Fotos, von denen wir hier eines veröffentlichen.

„Über den Tauchversuch wurde im Rundfunk, in der Zeitung ‚Sowjetskaja Rossija‘ und in der Zeitschrift ‚Ogonjok‘ berichtet; ich er-

zählte davon auch im Fernsehen“, fuhr Dr. Troizkaja fort. „Zur Erinnerung an den Versuch schenkten mir französische Kollegen ein kleines Modell der ‚Archimède‘ und, was ich besonders rührend fand, den französischen Wimpel vom Heck der Taucherglocke.“

Auf dem kleinen Wimpel lese ich die folgende Inschrift mit Tusche: „Teilnehmer: de Froberville, Troizkaja, Selzer“ und auf der Rückseite: „Tauchversuch. Madame Troizkaja, Toulon, 10. 2. 1966.“

Als ich das las, mußte ich denken: Wozu war diese dumme Erfindung von einer „sowjetischen Mata Hari“ nötig? Dr. Troizkaja und ihre Tätigkeit sind in und auch außerhalb der wissenschaftlichen Welt bekannt. Vor kurzem wurde sie z. B. von den Veranstaltern der Weltaus-

stellung in Montreal eingeladen, dort einen Vortrag zu halten. Die „unter rätselhaften Umständen verschwundene“ Dr. Troizkaja war im September 1966 in Venedig auf der Tagung der Internationalen Union für Geodätik und Geophysik, der sie angehört, und beabsichtigt, demnächst wieder nach Paris zu fahren.

Das amerikanische Provinzblatt hat seinen Lesern ein Spionagemärchen aufgetischt. Was kann man von einem solchen Käseblatt schon verlangen? Wozu hat aber die Pariser Zeitung, die in Moskau einen ständigen und zudem recht rührigen Korrespondenten, M. Simon, hat, die ganze Geschichte kolportiert? Auch M. Simon hätte ja die bekannte Wissenschaftlerin Dr. Troizkaja mühelos aufspindeln können.

Februar 1967

6. In Venezuela flüchten die KP-Führer Pompeyo, Marquez, Guillermo Garcia Ponce und Teodoro Petkoff aus der Festung San Carlos.

6.—13. Auf Einladung der britischen Regierung stattet der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, A. N. Kossygin, England einen offiziellen Besuch ab. Nach den Verhandlungen wird eine Gemeinsame Erklärung unterzeichnet.

7. Das Außenministerium der Mongolischen Volksrepublik protestiert beim chinesischen Geschäftsträger a. i. in der MVR schärfstens gegen die frechen und groben Ausschreitungen chinesischerseits gegen Mitarbeiter der mongolischen Botschaft in Peking.

Die Regierung der Volksrepublik Bulgarien legt bei der Regierung der Volksrepublik China entschieden Protest ein wegen der groben und unbegründeten Provokationen der chinesischen Behörden Mitarbeitern der bulgarischen Botschaft und dem Korrespondenten der BTA in Peking gegenüber.

8. In der Sowjetunion wird ein künstlicher Erdsatellit Kosmos 141 gestartet.

Vom französischen Stützpunkt Hammaguir in der Sahara wird ein französischer künstlicher Erdsatellit Diadème gestartet.

In Paris beginnt die Tagung der Französisch-Sowjetischen Kommission für kulturelle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.

Auf dem Atomversuchsgelände



im Staate Nevada (USA) wird eine unterirdische Kernexplosion ausgelöst.

Im Londoner Victoria- und Albert-Museum wird eine englisch-sowjetische historische Ausstellung von A. N. Kossygin eröffnet.

8.—9. In Washington verhandelt der Vizekanzler und Außenminister der BRD, Brandt, mit Spitzen der USA-Regierung.

8.—10. In Warschau tagt eine Außenministerkonferenz der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrags. Es werden Meinungen über die Bemühungen der sozialistischen Länder um Entspannung, Festigung des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit in Europa ausgetauscht.

8.—11. In 412 Städten der USA hungern mehr als eine Million Geistliche und Gläubige aus Protest gegen die amerikanische Aggression in Vietnam.

9. Das Außenministerium der UdSSR fordert in einer Note an die Botschaft der VR China in Moskau im Namen der Sowjetregierung die unverzügliche Einstellung der Willkürakte gegen die sowjetische

Botschaft in Peking und die Gewährleistung der Freizügigkeit ihrer Mitarbeiter.

Die Sowjetpresse bringt eine Note der Sowjetregierung an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit der Wiederaufrichtung des Nazismus und Militarismus in Westdeutschland und dem Anspruch der Bundesregierung „im Namen des ganzen deutschen Volkes“ aufzutreten.

Das indonesische Parlament fordert die Absetzung Präsident Sukarnos.

10. Das Smith-Regime kündigt alle Handelsvergünstigungen für andere Länder, darunter für alle Commonwealth-Staaten.

In Delhi wird eine Note der indischen Regierung als Antwort auf eine Note der VR China veröffentlicht, in der Ansprüche auf indisches Territorium erhoben werden.

12. Der Erste Vizepräsident und Stellvertretende Oberbefehlshaber der Streitkräfte der VAR, Marschall Amer, verbietet in einem Tagesbefehl den amerikanischen und britischen Militärflugzeugen, auf Flugplätzen der VAR zu landen.

In Dschammu (Indien) werden Internationale Filmfestspiele eröffnet, auf denen die Sowjetunion, die Tschechoslowakei, Polen, die USA, England, Frankreich, Italien u. a. Länder vertreten sind.

13. Die USA nehmen ihre barbarischen Bombenüberfälle auf die Demokratische Republik Vietnam wieder auf.

Redaktion: Moskau K-6,
Maly Putinkowski
pereulok 1/2

Chefredakteur: Natalja SERGEJEWA
Stellvertretende Chefredakteure: V. Bereshkow, L. Sedín, N. Sluzker
Redaktionskollegium: I. Andronow, L. Besymenski, P. Jefimow,
M. Kremnjow, I. Trofimowa, D. Wolski

PLAKATE DER REVOLUTION



Diese beiden sowjetischen Plakate aus den ersten Jahren der Revolution waren in der Hamburger „Welt“ vom 12. Januar abgebildet. Die Zeitung schreibt, daß der westdeutsche Gerhard-Verlag eine Sammelmappe „Plakate der Russischen Revolution 1917—1929“ herausgebracht hat. Und weiter: „Eine Kostbarkeit sind heute die Plakate, mit denen russische Künstler in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution für die Ziele der Partei warben... Die Grafiken sind im Westen jedoch nur wenig bekannt.“

„Die Welt“ stellt fest, daß die Blätter „einen Querschnitt durch die damals in Rußland vertretenen Stile repräsentieren... Entsprechend breit ist der Fächer der hier versammelten gra-

fischen Ausdrucksmöglichkeiten.“ Der Verlag hebt die Grafiken von Moor, Lissitzki und selbstverständlich die von Majakowski hervor. Die Herausgabe sei „risikoreich“, da die Reproduktionen in Originalgröße vorliegen und die 40 stattlichen Bogen 110 DM kosten; dieser Preis erscheine „bei Berücksichtigung des guten Drucks aber nicht zu hoch“.

Dazu wollen wir bemerken, daß diese kostspielige Ausgabe, die dennoch nach Ansicht des Verlags Absatz finden wird, auf das große Interesse hinweist, das die Oktoberrevolution und die sowjetische Kunst als Träger ihrer Ideen im Westen findet.

50 Jahre Sowjetmacht



In Sofia ist das Buch „Sowjetische Meridiane“ von Krum Bossew im Verlag des Nationalrates der Vaterländischen Front Bulgariens erschienen. Der Autor, ein bulgarischer Journalist und Diplomat, lebte sieben Jahre in der Sowjetunion, kam viel im Lande herum und traf sich mit verschiedenen Menschen. Das der 50. Wiederkehr der Großen Oktoberrevolution gewidmete Buch wird in dieser Nummer rezensiert. Wir reproduzieren hier seinen Umschlag.